

# VOLKSWAHRHEIT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Er erscheint täglich außer Montag.

Dieselbe ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungskarte Nr. 6624.

Inserationsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23.

Breslau, Donnerstag, 28. Januar 1892.

3. Jahrgang.

## Die überlange Arbeitszeit in Deutschland und die Erkenntnis ihrer Schädlichkeit.

Br. G. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart sind im allgemeinen weniger auf Erringung sicheren Lohnes, als auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet. Die jämmerlichkeit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse läßt den eigentlichen Lohnkampf augenblicklich noch weniger aussichtsreich erscheinen als sonst. Die Bestrebungen nach Verkürzung der Arbeitszeit aber sind deshalb gerade jetzt an der Tagesordnung, weil auch in anderen Bevölkerungskreisen, als in denen der Arbeiter, die Ueberzeugung Platz zu greifen beginnt, daß die überlange Arbeitszeit, wie sie noch überall und besonders in Deutschland üblich ist, nicht nur kein sonderlicher wirtschaftlicher Gewinn, sondern selbst für die kapitalistischen Unternehmer ein Nachteil ist und weil andererseits nur dann eine Aussicht sich eröffnet, das ungeheure wirtschaftliche Elend einigermaßen zu lindern, wenn so ziemlich überall die Arbeitszeit verkürzt, dadurch die Arbeitsgelegenheit vermehrt und die riesig große Zahl der Arbeitslosen verringert wird.

Den Beweis zu erbringen, daß es unbedingt nötig ist, die in Deutschland allgemein übliche Arbeitszeit zu verkürzen, ist nicht schwer, man braucht nur die tatsächlichen Verhältnisse darzulegen, um jeden Zweifel zu beseitigen und heutzutage kann man sogar schon den Nachweis führen, daß erstens diejenigen Vertreter der Wissenschaft, welche sich berufsmäßig mit den sozialen Verhältnissen befassen und zweitens sogar alle Einsichtigeren unter den Fabrikanten und Arbeitgebern überhaupt, wenigstens theoretisch für eine erhebliche Verringerung der Arbeitszeit gewonnen sind und letztere nur aus gewissen und, wie wir sehen werden, aus ganz unzu-

reichenden, praktischen Gründen zögern, offen für gesetzgeberische oder private Maßregeln einzutreten, welche eine Verminderung der täglichen Arbeitsdauer herbeiführen würden.

Sehen wir uns zunächst die Verhältnisse, wie sie in Bezug auf die Arbeitsdauer in Deutschland im Allgemeinen liegen, einmal an. Die beste und wol in der Hauptsache auch zuverlässige Auskunft erteilen uns die Berichte der Fabrikinspektoren und am ergiebigsten sind in Bezug auf Mitteilungen über Arbeitszeit die Berichte über das Jahr 1886, welche auf Grund übereinstimmender Anregung von Seiten der Regierungen über die Frage der Arbeitsdauer sich des ausführlicheren geäußert haben.

Die tatsächliche Arbeitszeit schwankt, wie aus den erwähnten Berichten hervorgeht, in Deutschland zwischen 10 und 11 Stunden. Dabei ist jedoch keine Art von Ueberstundenarbeit berücksichtigt. Im Großen und Ganzen nennen die Fabrikinspektoren die Arbeitszeit in Ost- und Westpreußen eine ziemlich hohe. Die Arbeit dauert also hier jedenfalls erheblich mehr als elf Stunden am Tage. In Bremen beläuft sich die Arbeitszeit täglich auf 10 Stunden; in der Provinz Posen und in Hamburg auf 10—11, im Leipziger und Magdeburger Bezirk auf 10—12 Stunden; in Pommern Schleswig-Holstein, Hannover und in den Regierungsbezirken Arnberg, Dresden und Posen währt die Arbeit täglich 11, im Zwickauer und Weiskener Bezirk 11—12 Stunden und in dem, dem Königreich Sachsen gleichfalls angehörigen Blauenischen Gewerbe-Aufsichtsbezirk beträgt die tatsächliche Arbeitszeit durchschnittlich 12 Stunden. Für die übrigen deutschen Aufsichtsbezirke haben die Fabrikinspektoren keine allgemein übliche Arbeitszeit feststellen können, weil zu große Abweichungen zu konstatieren waren. So arbeiten z. B.

im Aufsichtsbezirk Berlin-Charlottenburg 3070 Betriebe 10 Stunden und weniger, 866 Betriebe 10 Stunden und darüber, 3710 Betriebe 11 Stunden und weniger, 166 Betriebe 11 Stunden und mehr. Schichtarbeit, Tages- und Nachtbetrieb mit 21 und 24 Arbeitsstunden kamen in diesem Bezirk bei 4 Anlagen vor. Eine unbestimmte Arbeitszeit hatten 346 Betriebe und eine sehr lange Arbeitszeit zwischen 12 und 17 Stunden, hatten verschiedene Schlächtereien, Mühlenanlagen, Bäckereien, Ziegeleien und dergl. aufzuweisen, während andere Unternehmungen derselben Industrien nur 12 Stunden arbeiteten, andere sogar eine noch erheblich geringere Arbeitszeit innehielten.

Während nun die geringste durchschnittliche Arbeitszeit, welche für einen der Gewerbe-Aufsichtsbezirke in Deutschland konstatiert werden konnte — die für Bremen, welche, wie wir gesehen haben, 10 Stunden beträgt, — schon eine sehr bedeutende ist und als in gesundheitlicher Beziehung viel zu lang bezeichnet werden muß, ist die Arbeitsdauer in allen übrigen deutschen Bezirken bei den meisten Arbeitern eine viel längere. So dauert z. B., wie aus den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten festgestellt werden kann, die Tagesarbeitszeit in vielen Gewerben bis 16 Stunden und nimmt vielfach selbst den Sonntag in Anspruch, so daß eine wöchentliche Arbeitszeit von über 100 bis 112 Stunden herauskommt, während bei täglich 10stündiger wirklicher Arbeitsdauer und 6 Arbeitstagen in der Woche die wöchentliche Arbeitszeit nur 60 Stunden beträgt.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß eine zehnstündige Tagesarbeit die Kräfte des Menschen in einer für die Gesundheit und Lebensdauer desselben nachteiligen Weise in Anspruch nimmt. Dithin also sind 60 Stunden Arbeit in der Woche zu viel; jede längere

## Schnüffel's Himmelfahrt.

Blauderei von G. Rl.  
(Aus dem „Postillon“.)

(Schluß.)

Die unglaublichen Gründe mußten zur Erreichung des gewollten Zweckes herhalten, und wenn die Entzünstung der über sein Vorgehen erbitterten Arbeiter ihn zu verschlingen drohte, da stand er fest wie ein Fels in der Brandung und hatte für seine Feinde nur eine kalte, strenge Amtsmiene oder ein überlegenes, bloßes Lächeln. So war er den Arbeitern allgemein verhaßt und bittere Klagen und Beschwerden liefen über ihn ein. Hatte er's gar zu arg getrieben, so wurde er hin und wieder „reklifiziert“, wie man zu sagen pflegt — das heißt, er bekam dann und wann einmal eine kleine Rüge, die er mit größter Geduld und Ergebenheit hinnahm, wußte er doch, daß er hinterher bestimmt eine kleine heimliche Belobigung für sein „schneidiges“ Auftreten erhielt.

So war ihm das Leben angenehm dahingeflossen, das Ausnahmegesetz ließ seinem Antiseifer freien Lauf und er konnte, von kleinen Ausnahmen abgesehen, tun und lassen, was er wollte, sobald es sich um Sozialisten handelte. Da aber zogen am politischen Himmel plötzlich schwarze Wetterwolken herauf; der 20. Februar kam und legte Bismarck jammert seinem schönen Ausnahmegesetz fort. „Welche Wendung durch Gottes Fügung!“ dachte unser Schnüffel in seinem Polizeihirn, dann aber suchte er von der bedrohten Gesellschaft zu retten, was

noch zu retten war. Aber es wehte jetzt ein anderer Wind. Die alten, erprobten Mittel versingen nicht mehr so recht, die Beschwerden über ihn liefen massenhaft ein und nach den „Reklifikationen“ gab es keine heimlichen Belobigungen mehr, sondern nur noch heimliche Ruffel. Seine Vorgesetzten konnten ihn beim besten Willen nicht mehr schützen. „Sie müssen sich in die neuen Verhältnisse zu finden wissen, Herr Schnüffel, Sie müssen die Sache schlaue drehen und sich nicht mehr so blamieren, sonst —“. Herr Schnüffel wußte nun allzugut, was dieses „sonst“ mit der darauf folgenden Pause und dem Achselzucken zu bedeuten hatte, und das Herz wurde ihm schwer wie ein Rothschilb'scher Geldsack. Das Versammlungsverbot und Auflösen freute ihn unter diesen Umständen gar nicht mehr und er verlegte sich nun aufs Hintertreiben derselben. Er steckte sich hinter die Gastwirte und noch lieber hinter die Gastwirtinnen, machte geheimnisvolle Andeutungen über schwere Schädigungen, wenn eine Sozialisten-Versammlung in ihrem Saale stattfände, und wenn gar nichts ziehen wollte, drohte er mit dem Militärverbot. Das half gewöhnlich und der Staat schien gerettet. Aber die bösen Sozialdemokraten versammelten sich nun auf freiem Felde und es ließ sich gegen diese Niederträchtigkeit so gut wie nichts machen.

Das brach unserem armen Schnüffel das Herz; er legte sich hin und starb. Als getreuer Staatsdiener mußte er nach seiner Ueberzeugung natürlich in den Himmel kommen, und so machte er sich denn unverzüglich dahin auf den Weg. In der Himmelsporte angelangt,

pocht er laut und vernehmlich an die Thür, und da ihm nicht aufgetan wird, verlangt er Einlaß „im Namen des Gesetzes“. Petrus war gerade in der Schlosserei und ließ dort den großen goldenen Himmelschlüssel reparieren, und da in der letzten Zeit lange Niemand in den Himmel gekommen war, hatte er seinem Dienstmädchen nicht erst besondere Anweisungen wegen seiner kurzen Abwesenheit erteilt. Wie nun das junge Ding draußen den Lärm hört, guckt sie neugierig durch das kleine Schiebefenster in der Himmelstür und sieht draußen unseren Schnüffel stehen. Erst wollte sie ihn gar nicht hereinlassen, dann aber sagte sie sich, „der Mensch sieht gar so dummi aus, der könnte am Ende doch in den Himmel gehören“, und macht ihm auf. So kam Schnüffel in den Himmel, ohne daß Petrus eine Ahnung davon hatte, und wie der alte Apostel aus der Schlosserei wieder heim kommt, hat das Dienstmädchen die ganze Geschichte wieder vergessen.

Am andern Tage — es war gerade Sonntag Nachmittag — sitzt der Petrus friedlich in seinem Grofvaterstuhl und hält sein Mittagsschläfchen. Unser Schnüffel hat sich gemächlich aus einem Himmelsfenster herausgelehnt und guckt herunter auf die Erde. Ein prächtiges Herbstwetter mit warmem Sonnenschein liegt über der Landschaft und tauendweise gehen die Menschen spazieren. Wie unser Schnüffel genauer hinsieht, kommt ihm die Gegend recht bekannt vor, und endlich entdeckt er zu seiner größten Freude, daß er von seinem Fenster aus ganz Sachsen übersehen kann. Nun war natürlich die Neugierde erst recht groß und er pocht auf Alles



Arbeitszeit aber müßte unbedingt als unstatthaft angesehen und durch gesetzgeberische Maßregeln unmöglich gemacht werden.

Diese Ansicht hat allerdings erst im letzten Jahrzehnt in deutschen Arbeiter- und Arbeitgeberkreisen größere Verbreitung gefunden, und man stößt wol heute noch auf die tief eingewurzelte Meinung, daß die Arbeitsleistung eines Menschen unter allen Umständen desto größer werden müsse, je länger er arbeite, oder auch je länger er zu arbeiten gezwungen werde.

Daß dies eine total irrige Ansicht ist, haben unsere gelehrten Staatswissenschaftler klar erkannt und Professor Dr. Böhmert z. B. betont ausdrücklich, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, namentlich da, wo sie ganz freiwillig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern versucht wird, ergeben habe, daß in 10 oder 11 Stunden ebenso viel wie in 12 oder 13 Stunden geleistet werden kann, daß mithin der Arbeitgeber Sparrungs- und Beleuchtungskosten erspart und wirtschaftlichen Vorteil hat, wenn auch die Arbeiter kürzere Zeit arbeiteten und eben so viel Lohn wie früher verdienten, wobei sie wertvolle Stunden für ihre Familien, für ihre Ruhe und Ausbildung erübrigen. Auch in der Praxis hat sich diese Erkenntnis mannigfaltig bewährt. So ist z. B. im Hesse-Rasthauser schon in einer ganzen Reihe von Betrieben eine gar nicht unbeträchtliche Arbeitsverkürzung eingetreten. In den dortigen Glasfabriken, in denen vor 10 Jahren eine 14stündige Arbeitszeit, einschließlich der Pausen, üblich war, ist dieselbe in eine durchschnittlich 10stündige Arbeitsdauer, einschließlich der Pausen, umgeändert worden und die Betriebsleiter bestätigen, daß jetzt nicht weniger und nicht schlechter gearbeitet wird als früher bei der langen Arbeitszeit.

Auch der Bericht des Fabrikinspectors von Mittel- und Unterfranken vom Jahre 1886 sagte bereits, nicht selten höre man die Erfahrung bestätigen, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit die Leistung nicht sinkt, weil zur Vermeidung einer Einkommensminderung die kürzere Zeit enger ausgenutzt werde und es sei eigentlich verwunderlich, daß man nicht öfter in der Industrie das Streben antreffe, auf Grund dieser Erfahrung auf eine Abkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken, die doch für alle Beteiligten nur nützlich und angenehm sein könnte. Selbst für die Textilindustrie, wo die Ausföhrung am Schwierigsten zu sein scheint, würde dieselbe, wenn auch nur in beschränktem Maße, von vielen Industriellen für möglich gehalten, nur höre er, der Fabrikinspecteur, auf seine Aufmunterungen hierzu in der Regel die Worte: „Ich allein mag nicht den Anfang machen, es müssen die Konkurrenten auch mittun.“

Des Ferneren heißt es im Zwickauer Bericht des Jahres 1888: Die Fabrikanten selbst seien Gegner der eingeföhrten langen Arbeitszeit, aber es scheue sich jeder Arbeitgeber, mit der Verminderung selbst den Anfang zu machen, in der Beiröchtung, daß er zu wenig Nachahmer fände und seine Konkurrenzfähigkeit geschwächt würde. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer und Beschränkung derselben auf die Zeit von früh 6 Uhr bis abends 7 Uhr würde bei dem größten Teil der Arbeitgeber auf keinen Widerstand stoßen.

Auch andere Aufsichtsbeamte machen darauf aufmerksam, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter mit

einer zu langen Arbeitszeit sich verringere, die Unglücksfälle sich vermehren, da naturgemäß nach 12 Arbeitsstunden die Spannkraft und Aufmerksamkeit der Leute abnimmt.

Andererseits wird in den Berichten der Fabrikinspectoren an der Hand praktischer Erfahrungen darzulegen gesucht, daß eine angemessene Verabfolgung der Arbeitsdauer auf 10 Stunden die Güte der Arbeit erhöhen und zugleich die Menge der hergestellten Produkte nicht vermindern würde.

Angeichts alles des vorstehend Angeföhrten können wir als vollkommen festgestellt und ganz unzweifelhaft bezeichnen, daß eine ganz betröchtliche und desgleichen ganz allgemeine Verminderung der herrschenden Arbeitszeit um mehrere Stunden heute schon wissenschaftlich und regierungsseitig, als nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig, und ebenso für die Arbeiter wie die Arbeitgeber vorteilhaft erkannt und anerkannt ist.

### Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Für die Beurteilung der Einkommenverteilung in der kapitalistischen Gesellschaft bietet die dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangene Nachweisung der Einköschung zur klassifizierten Einkommensteuer für 1891/92 einen vorzüglichen Anhalt. Der reichste Berliner ist danach eingeschätzt mit einem Jahreseinkommen von 2 940 000—3 000 000 Mark. Wenn diese Einnahme eine 4prozentige Verzinsung seines Vermögens darstellt, so heißt derselbe über 70 Millionen. Seit dem vorigen Jahre ist er um 7 Steuerebenen höher eingeschätzt worden. Sein Einkommen wird in Preußen nur noch von zwei Personen übertroffen, von denen die eine im Regierungsbezirk Wiesbaden (Rothschild?) mit einem Einkommen von 4 140 000—4 200 000 Mark, die andere im Regierungsbezirk Düsseldorf (Krupp?) mit 6 000 000—6 080 000 Mark eingeschätzt ist. Dieser „arme“ reichste Preuße scheint nicht recht vorwärts kommen zu können, er war auch schon im vorigen Jahre zu derselben (128.) Steuerstufe eingeschätzt. Dagegen giebt der Wiesbadener ein nachahmenswertes Beispiel des Vorwärtstrebens, er hat seit dem vorigen Jahre sein Einkommen um mehr als 80 000 Mark vermehrt; freilich bleibt er noch zurück hinter einem Oppelner, der im vorigen Jahre mit einem Einkommen von 2 520 000—2 580 000 Mark in der 70. Steuerstufe eingeschätzt war, und in Jahresfrist durch Vermehrung seines Einkommens um die Kleinigkeit von 1 200 000 Mark in die 90. Steuerstufe aufgerückt ist. Doch beschränken wir uns auf Berlin. Dem auf einjamer Höhe in der 77. Steuerstufe mit einem Einkommen von mehr als 2 940 000 Mark Tonenden kommt am nächsten ein Berliner in der 52. Steuerstufe, der zwar anderthalb Millionen jährlich weniger zu verehren hat, aber immer noch über ein Einkommen von 1 440 000 bis anderthalb Millionen Mark verfügt. Dann folgt in der 50. Stufe ein Berliner mit 1 320 000—1 280 000 Mark, drei Personen mit 980 000—1 020 000 Mark, und weiter je eine in der 42. bis 39. Stufe, deren Einkommen sich also auf 900 000—660 000 Mark ab-

mindert. In der 38. Stufe mit 600 000—660 000 Mark sind fünf Personen verzeichnet. Ein Einkommen über 600 000 Mark haben also in Berlin 15 Personen gegen 13 im Vorjahre. Nimmt man an, daß ein Einkommen von 120 000 Mark jährlich erforderlich ist, um einen Taler-Millionär vorzustellen, so giebt es solcher Taler-Millionäre in Berlin 223 gegen 198 im Vorjahre. Als Mark-Millionäre kann man schon Personen mit einem Einkommen von mehr als 40 000 M. bezeichnen, deren giebt es in Berlin 1167 Personen gegen 1088 im Vorjahre. In ganz Preußen ist die Zahl der Taler-Millionäre, also Personen mit mehr als 120 000 Mark Einkommen, in Jahresfrist von 523 auf 565 gestiegen. Zur Vervollständigung des Bildes nehme man als Gegenstück die Hunderttausende, die vor Hunger nicht in den Schlaf kommen können. Beide Kategorien ergänzen sich; eine ist ohne die andere nicht denkbar. Aber die kapitalistische Welt ist „die beste der Welten“.

Miquels Demission. Der „Köln. Ztg.“ zufolge hat Miquel wegen des Volksschulgesetzes seine Demission gegeben, die der Kaiser nicht annahm. Er bat den Finanzminister, seinen Entschluß aufzuschieben, bis sich in der Kommissionsberatung zeige, was aus dem Gesetz wird.

Der Strafparagraf gegen die Zuhälter in der vorbereiteten Novelle zum Strafgesetzbuch lautet nach der „F. Z.“ wörtlich, wie folgt: „Eine männliche Person, welche, ohne im gegebenen Falle einen gesetzlichen Anspruch auf Alimentation zu haben, von einer Weibsperson, die gewerbsmäßig Unzucht treibt, ganz oder teilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder welche ihr gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz in Bezug auf die Ausübung des unzüchtigen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst förderlich ist, wird wegen Zuhälterei mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Ist der Zuhälter der Ehemann der Weibsperson, oder hat er sie unter Anwendung von Gewalt oder Drohungen zur Ausübung des unzüchtigen Gewerbes angehalten, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahre ein. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, sowie auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde mit den in § 362, Absatz 2 und 3 vorgesehenen Folgen erkannt werden.“

### Zur Illustration von „Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen.“

Die „Heimstätte für Verletzte“ in Niederschönhäusen, das Schmerzenskind der „Zuhwerks-Berufsgenossenschaft“, wird durch eine an die „Allgem. Jahr-Zeitung“ gerichtete Zuschrift von dortselbst „Inhabstirten“ gar jeltzam illustriert. Nach derselben bekommen die dort untergebrachten Verletzten, die eine Nachbehandlung erfahren sollen, des Morgens um 7 1/2 Uhr jeder eine Tasse Kaffee nebst obligater Schrippe dazu. Nach Einnahme dieses ersten Frühstückes geht es an die „Nachbehandlung“, d. h. es werden an den in einem Saale aufgestellten medico-mechanischen Geräten, Maschinen u. dgl. Turnübungen vorgenommen. Die Kranken nennen dies: „in die Fötterkammer gehen“. — Diese Übungen dauern bis ungefähr 9 3/4 Uhr, zu welcher Zeit es zweites Frühstück

ganz genau auf. Leider aber wurde ihm diese Freude bald verdothen, denn zu seinem Schrecken bemerkte er, daß da unten eine ganze Anzahl Versammlungen stattfanden. Das konnten natürlich nur Sozialdemokraten sein. Er pflegt einem Engel und läßt sich telefonisch mit Sachsen verbinden, und wie er das Telefon an's Ohr bringt, hört er, daß überall über die bevorstehenden Landtagswahlen gesprochen wird. Da erwacht in ihm der Staatsretter wieder; er läuft nach der Thür und will hinunter auf die Erde. Von dem Klirren an der verschlossenen Thür ist aber der Petrus aus seinem Schlafchen erwacht und reißt sich verdrießlich die Augen. Kergerlich fragt er unsern Schnüffel, wo er denn eigentlich hinwill, und wie er hört, daß dieser auf die Erde will, um dort die Versammlungen zu überwachen, meint Petrus, das ginge die Leute im Himmel gar nichts an, was auf Erden gemacht würde; er solle sich nur um seine Sachen kümmern. Das fuhr unserm Schnüffel zwar gewaltig in die Nase, aber er beherrschte sich. Er stellte dem Petrus in eindringlichster Weise vor, daß die vom lieben Gott auf Erden eingesetzte Staats- und Gesellschaftsordnung in größter Gefahr sei und unbedingt gerettet werden müsse, wenn aber Petrus ihm keinen Urlaub geben wolle, dann wöge er selbst eingreifen und die Versammlungen verhindern. Da lacht der Petrus und fragt, wie er denn das machen wolle, da er ja hierzu gar kein Recht habe. Da war nun guter Rat teuer, aber plötzlich kommt unserm Schnüffel ein reizender Gedanke; er macht ein prüfendes Gesicht und klopft ihm in's Ohr, er solle es einfach

— regnen lassen. Das aber war dem Petrus doch zu arg, daß er wegen dem Bischofen Staats- und Gesellschaftsordnung so vielen Leuten ihre Sonntagstheure verderben sollte, und er schmauzte deshalb den Schnüffel ganz gehörig an. Dieser aber hatte sich in seine Politikienrolle wieder so hineingelebt, daß er ganz vergaß, wo er sich eigentlich befand, und dem ungehoramen Petrus jernig zurief: „Dann bekommen sie einfach das Militärverbot!“ Petrus war erst ganz haß; so etwas war ihm in seiner langen Dienstzeit doch noch nicht vorgekommen. Dann aber ermannte er sich und sprang in höhmischem Tone: „Et herjesies nee, mein liebes Herrchen. Sie sein wol aus Sachsen?“ Und mit strengem Amtsmiene fuhr er fort: „Weißt Du denn nicht, daß alle die, die für den Krieg und den Massenmord schwärmen, im Himmel überhaupt nichts zu suchen haben, und daß den Soldaten der Zutritt zum Himmel schon lange verboten ist? Wer bist denn aber Du und wie bist Du hereingekommen? Das war nun freilich eine kitzliche Frage, und die ganze Geschichte kam an's Tageslicht. Da es im Himmel keine deutsche Gesandtschaft mehr giebt und also Diensthoten auch nicht mehr geprügelt werden dürfen, erhielt das Studienmädchen vom Petrus einen ganz gehörigen Verweis, Schnüffel aber wurde von einer großen Anzahl Engel unter lautem Hallelujah hinausgeschickt, wo ihn der Teufel, der die ganze Geschichte gerochen hatte, in Empfang nahm. Am Himmelstor aber prangt seit jener Zeit ein großes Plakat mit der Inschrift: „Polizisten Zutritt streng verboten!“

### Schnüffel.

Man kann keine Reformen schaffen, ohne zu zerstören; so wenig wie Revolutionen mit Rosenwasser machen oder die Stüle des Augias mit einer Plauenfeder reinigen. Chamfort.

Ein Schlag mit der Zunge, der das Herz trifft, ist wirksamer als viele Prügel. Aus dem Talmud.

Eine große Gemeinschaft von Menschen zu verfolgen und zu bestrafen, es zu versuchen, Meinungen auszurotten, welche aus dem Zustande der Gesellschaft entspringen und selbst ein Zeichen der wunderbaren und wuchernden Fruchtbarkeit des menschlichen Geistes sind, dies zu tun, ist nicht nur eine der verwerflichsten, sondern auch eine der tödlichsten Handlungen, die man sich nur vorstellen kann. (Buclle.)

### Für unsere Hausfrauen.

Gegen Hautschwamm hat sich folgende Mischung bewährt: 950 Gramm gewöhnliches Salz und 50 Gramm gepulverte Boräure werden in wenig Wasser und in 5 Liter kochendem Wasser gelöst. Mit der noch heißen Lösung werden alle zu schülenden oder bereits infizierten Stellen mittelst eines Pinsels oder Schwammes oder in Höhlungen mittelst einer feinen Spritze, in Zwischenräumen von einigen Tagen zweimal bestrahlt. In feuchten Stellen kann die Luft außerdem durch Einlegen von ungelöstem Kalk gerodnet werden. Gegen rheumatische Schmerzen leistet oft das Einhalten des kranken Gliedes mit Hanfwerg, das man bei jedem Seiler erhält, sehr gute Dienste. Rheumatische Zahnschmerzen werden nicht selten dadurch ganz und gar beseitigt.



gibt. Dasselbe besteht aus zwei „Stullen“ und zwei Scheiben Wurst. Die ersteren haben zwar kleines Format, sind aber dafür um so stärker, denn jede einzelne ist ungefähr 3 Zoll dick. — Von einer eigentlichen Hungernot kann demnach nicht wol die Rede sein. — Damit das Mittagessen besser munden soll, wird bis 12 1/2 Uhr massirt. Aber trotzdem fällt es, so heißt es in der Zeitschrift, uns oftmals recht schwer, das Essen hinunterzuwürgen. So gab es am 6. d. M. Kartoffeln und zwei Klopse — ob à la Königsberg, wissen wir nicht — genug, in welchen derselben hatte sich den sonstigen Bestandteilen auch Schauerwatte zugesellt, welcher Umstand nicht gerade appetitlich war. Wir deuteten dies zuerst auf einen Zufall oder Nachlässigkeit; als wir aber am 6. d. M. gar sogenannte „Kälberzähne“ mit stänkrigem Rindfleisch bei jeglicher Jahreszeit vorgelegt erhielten, war unsere Geduld denn doch zu Ende. Wir beschwerten uns bei den Ärzten, welche unsere Wahrnehmungen bestätigen mußten. Dagegen wollte der Kurator der Anstalt, der Fuhrherr Schulze, welcher gerade kam und einem fremden Herrn wohl die Vorzüge der Anstalt ad oculus demonstriren wollte, von diesem nichts wissen. Er meinte, das könne wohl am Knochen liegen, und so etwas könne schon vorkommen; Wir meinen aber, daß so etwas, wenigstens in einem Krankenhause nicht vorkommen darf. Daß die Anstalt dadurch bei dem Herrn Schulze begleitenden Herrn in einen besonders guten Geruch gekommen sei, wird man füglich nicht behaupten können. Das kann uns aber wenig kümmern. Die Hauptsache ist für uns die, daß wir, die wir verurteilt sind hier kampiren zu müssen, in Zukunft eine bessere Pflege sowohl als auch eine bessere Behandlung erfahren. Alles Andere ist für uns Nebensache. Denn erträglich kann der Aufenthalt hier nur gemacht werden, daß man uns neben den Folterqualen, die man uns hier bereitet, wenigstens auch gute Pflege und Behandlung angedeihen läßt, weil sonst die uns willkürlich erzeugten Schmerzen unerträglich sind.

**Chemnitz.** Unter dem neuen Kurs! Von dem hiesigen Polizeiamt ist der sozialdemokratische Wahlverein zu Chemnitz und Umgebung auf Grund des § 20 des Gesetzes vom 22. November 1850, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, verboten worden.

Die Kriechervereine graben fleißig an ihrem Grabe. Nicht nur ausgesprochene Sozialdemokraten dürfen unter den gottesfürchtigen Mordspatrioten nicht weilen, sondern selbst das „Hinnigen zur Sozialdemokratie“ ist mit Ausstoß zu bestrafen; schon durch solche Elemente könnte der „gute Geist“ gefährdet werden. Aus Elverberg bei Saarbrücken wird mitgeteilt: Der Bergmann Moos, Vertrauensmann des bergmännischen Rechtshilfsvereins, wurde aus dem Kriecherverein ausgestoßen, nachdem vor Kurzem ein dahin gehender Antrag abgelehnt war. Jedenfalls haben sich höhere Einflüsse geltend gemacht, um das jetzige Resultat herbeizuführen. Moos wird lediglich wegen seiner politischen Gesinnung (man wirft ihm Hinneigung zur Sozialdemokratie vor) gemahregelt. Der Vorfall beweist wieder, wie genau von den Kriechervereinen der Paragraph der Statuten gehandhabt wird, daß Politik ausgeschlossen sein soll!

**Gebildetes Proletariat.** 167 Personen haben sich um die erledigte Stelle des Hagener Handelskammer-Sekretärs beworben. Darunter befinden sich Referendare, Assessoren, Offiziere, im Amte befindliche Bürgermeister, National-Ökonomen, neben vielen sonstigen von vornherein nicht in Betracht kommenden Beamten niederen Grades.

Auch ein Auflösungsgrund. Braunschweig. Die bekannte Freidenkerin Frau Hedwig Henrië-Wilhelmi hielt hier einen Vortrag über das Thema „alter und neuer Wunderglaube“. Das Thema war der hiesigen Polizei bekannt, die auch wissen mußte, daß in einem freireligiösen Verein keine christlichen Predigten gehalten werden. Der Vortrag, welcher in einer Reihe deutscher Städte unbeanstandet gehalten wurde, der überhaupt noch nirgends beanstandet wurde, der aber auch nicht eine Silbe enthält, derentwegen Staat oder Kirche sich bedroht glauben könnte — er wurde in der Mitte plötzlich abgebrochen durch den überwachenden Polizeibeamten Herrn Wachtmeister Duffenius: Nach dem Dissidentengesetz passe der Vortrag nicht für Frauen und Kinder. Dies die Begründung, daß der Vortrag nicht weiter gehalten werden dürfe.

**Ausland.**  
**Frankreich.**

Die Ohrseige, welche der Minister Constans in offener Sitzung des französischen Parlaments dem Abgeordneten Laur gegeben und die Beschimpfungen, die dazu der Anlaß waren, lieferten der Bourgeois-Prese erwünschte Gelegenheit über die „Verwilderung“ der parlamentarischen Sitten der Republik sich pharisaisch zu erheben. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt nun hierzu: Wir sind keineswegs Verehrer der französischen Borsepublik, am allerwenigsten aber Verehrer von Herrn Constans, dem Mörder von Jourmies. Wir möchten nur konstatiren, daß es Länder giebt, wo die Minister tagtäglich zwar nicht den Abgeordneten, aber dem Rechte und dem Geseze ins Gesicht schlagen, ohne daß irgend Jemand sich darüber erschauert. Uebrigens ist man so gewöhnt, Ohrseigen von Ministern untertänigst dankend einzustücken, daß die allgemeine Entrüstung sich weit mehr gegen Laur richtet, dessen Anklagen gegen Constans auf ihre Wahrheit gar nicht geprüft werden, als gegen den handfesten Minister.

**Rußland.**

Wie die „Freizeitung“ unlängst schrieb, hat man in einer von Deutschland wegen nihilistischer Umtriebe an Rußland ausgelieferten Persönlichkeit das „Urbild“ einer der Photographien von russischen Anarchisten gefunden, welche in dem Nachlaß des in Paris ermordeten Generals Selmerstow waren. Scharfem Verhöre ausgefetzt, habe der Betreffende gestanden, daß er als Küchenjunge verkleidet, im Auftrage einer anarchistischen Gruppe die Eisenbahn-Katastrophe von Borki am 29. Oktober 1888 verursacht habe. Er sollte in dem an das kaiserliche Speisezimmer des Zuges anstoßenden Raume eine sogenannte Thomas-Uhr in Gestalt eines Zuckerruhes unterbringen, mit der bestimmten Weisung, sie liegend, nicht in aufrechter Lage, aufzustellen. Dies will er ursprünglich auch getan haben. Da die Maschine sich aber erst hin und her bewegte, sei ihm die Besorgnis gekommen, daß die Entladung vorzeitig erfolgen könnte. Er habe die „Thomas-Uhr“ deshalb in aufrechte Lage gebracht und sei aus dem Zuge geflüchtet und glücklich über die Grenze entwischt. Erst da habe er erfahren, daß die Katastrophe ihren eigentlichen Zweck verfehlt habe. Dies erkläre sich aus dem Umstande, daß die Maschine aufrecht stand. Wäre sie liegend explodirt, so würde sie in waggerchter Linie alles in Rome zersplittert haben und von der kaiserlichen Familie Niemand entkommen sein, während sie sich unter den obwaltenden Umständen nach unten entladen mußte, wodurch verständiglich werde, weshalb der Bahndamm das tiefe Loch aufwies, welches vom Standpunkte einer Entgleisung räthselhaft erschien. Daß dies bei der amtlichen Untersuchung aufgefallen sei, verstehe sich von selbst. Gleichwol seien der Minister der Wege und Verbindungen, General Pobjet, und einige andere Personen (General Tscherewin und Baron Taube) der „Staatsraison“ zum Opfer gefallen, welche es verbot, an einen anarchistischen Anschlag zu glauben. Und das, obgleich ferner nachgewiesen worden sei, daß gar keine technischen Mißgriffe vorgekommen seien, und daß der kaiserliche Zug weder vorchriftswidrig zusammengesetzt noch zu schnell gefahren sei. Eine Geschwindigkeit von 38 Kilometer würde man nach unseren Begriffen keine unvorsichtige nennen.

**Afrika.**

Wie in Westafrika die „europäische Kultur“ verbreitet wird, das beweist der Zivilingenieur M. F. Burton in einer Genfer Zeitschrift: „Die Geißel des Branntweinhandels, die schlechte Verwaltung, die Prügelstrafe, die Hinrichtungen, die Tortur und sonstige Grausamkeiten“, heißt es, „haben den Neger zu der Frage gebrängt: „Woher kommen diese Wilden von weißer Hautfarbe, wilder als wir?“ Die Sklaverei und der Sklavenhandel sind unter der englischen Regierung an der Goldküste wieder auferstanden. Erst ganz kürzlich sind 5000 junge Leute beiderlei Geschlechts aus Salaga und anderen Orten des Innern nach Afrika und sonstigen britischen Küstenplätzen zum Verkauf geschleppt worden. Dieser Handel nimmt, Dank der Apatie der Regierung, mehr und mehr zu. Dies wird durch die Tatsache erwiesen, daß in dem Register des Gerichts in Afrika unter dem 20. März 1890 und im Mai desselben Jahres dieses Uebelstandes Erwähnung getan wird. Ein intelligentes junges Mädchen, befreite Sklavin, hat Herrn Burton erzählt, wie man sich der zu verkaufenden Sklaven bemächtigt. Ein Stamm fällt in das Gebiet eines anderen ein, nimmt die jungen Männer und Mädchen unter einem gewissen Alter gefangen und treibt darauf die Greise, Frauen und Kinder in eine Scheune, welche dann angezündet wird.“

**Arbeiterbewegung.**  
**Die Internationalität**

der Arbeiterbewegung im Allgemeinen, wie der Gewerkschaftsbewegung im Besonderen kommt bei der Unterstützung der Ausstände am allermeisten zum Ausdruck. Einen schönen Beweis für die Solidarität der Arbeiter aller Länder giebt auch die Abrechnung, welche über den Streit der Wiener Buchdrucker gegeben wird. Der Ausstand dauerte 18 Wochen und erforderte eine Gesamtausgabe von 177 733,16 Gulden. Die Einnahme ergab 118 819,34 Gulden und wurden hieron 63 578,19 Gulden von der Arbeiterschaft Österreichs aufgebracht. Zu den weiteren 54 741,15 Gulden lieferten die verschiedenen Länder nachstehende Beträge: Argentinien 84,34, Bulgarien 70,08, Dänemark 905,18, Deutschland 43 197,98 (74 951,80 M.), England 1343,81, Frankreich 678,80, Italien 1001, Jugenburg 46,12, Norwegen 213,54, Rußland 82,76, Schweiz 6637,58, Schweden 480,66, Serbien 56,00 und Spanien 48,50 Gulden. Diese Zusammenstellung giebt uns nicht nur einen Beweis dafür, daß die Arbeiter aller Länder sich solidarisch fühlen, sondern sie zeigt auch, welche gewaltigen Summen durch die wirtschaftlichen Kämpfe, die nur eine Folge der gegenwärtigen ungerogeten Produktion sind, ausgegeben werden müssen, um die Arbeiter vor der gemeinsten Sklaverei und Ausbeutung zu bewahren.

In einer Volksversammlung in Berlin, die von über 5000 Personen besucht war, sprach Abg. Nebel über das Thema: „Was lehren uns die letzten großen Streiks?“ unter allgemeinem Beifalle der Versammlung, welche einstimmig folgende von Nebel beantragte Resolution beschloß:

„Die Versammlung erklärt: gegenüber dem Bestreben der Unternehmerklasse, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse immer tiefer herabzudrücken und die letztere in die vollständigste ökonomische Abhängigkeit von der Unternehmerklasse zu bringen, ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse eine Notwendigkeit.“

„Da aber die gewerkschaftliche Bewegung ihrer Natur nach auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse innerhalb der bestehenden Gesellschaft gerichtet ist, so genügt dieselbe nicht, um auch die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus herbeizuführen.“

„Dieses ist vielmehr Aufgabe des politischen Kampfes, wie ihn die Sozialdemokratie führt, eines Kampfes, dessen Endziel die Aufhebung des Klassenstaates, die Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in genossenschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion ist.“

„Die Versammlung betrachtet es daher als die Pflicht aller Arbeiter, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und ihre Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen.“

**A u f r u f**

an alle in Holzsägereien, Kistenfabriken, auf Holzplätzen, sowie an alle in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter Deutschlands! Kollegen!

Dem Beispiele anderer Gewerkschaften folgend, ist auch in unserer Branche vor nunmehr zwei Jahren ein Verband gegründet worden. Wir haben in der kurzen Zeit des Bestehens desselben den Wert einer gewerkschaftlichen Zentralorganisation voll und ganz schätzen gelernt, zumal in gegenwärtiger Zeit das Unternehmertum immer geschlossener gegen die Arbeiterorganisationen Front macht.

Deswegen und im Hinblick auf den in diesem Frühjahr stattfindenden ersten allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongreß fordern wir alle in unserer Branche tätigen Arbeiter, welche sich unserem Verband noch nicht angeschlossen haben, auf, sich demselben anzuschließen, damit wir auf dem Kongresse gleich den anderen Gewerkschaften als eine große, geschlossene und gut organisierte Holzarbeiter-Gewerkschaft vertreten sind.

Kollegen! Erachtet es als Eure erste und höchste Pflicht, für die Verbesserung Eurer Lage gleich den anderen Gewerkschaften Mann für Mann einzutreten. Zeigt, daß auch Ihr endlich zu der Einsicht gekommen seid, daß die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch geschlossenes, einmütiges Handeln möglich ist.

Deshalb nochmals: tretet ein in unseren Verband; jeder Kollege muß dafür tätig sein, muß dahin zu streben suchen, daß in allen Orten, wo unsere Branche vertreten ist, Lohnverbände gegründet werden. Dagegen Gründung von solchen zwecks eines Anschlusses an den Verband werde man sich an den Unterzeichneten, dem



solche wird über alle den Verband betreffenden An-  
fragen genügend und schnellstens Auskunft geben.

Mit kollegialen Gruß:

Der Zentralvorstand des Verbandes der in Holz-  
bearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter  
Deutschlands.

J. A.: Heinrich Böh, Vorsitzender, Bremen, Weigen-  
kampstraße 22, I.

NB. Alle Arbeiterblätter wollen gütigst diesen  
Anruf veröffentlichen.

Graz. Der Bergarbeiterstreik in Triest ist be-  
endet; es haben dort 718 Mann ein. Die Truppen  
sind bereits von Triest und Gratinig nach Laibach ab-  
gegangen. Die Polizeidirektion in Graz untersagte die  
geplante Versammlung des politischen Vereins „Wahr-  
heit“, worin der Bergarbeiterstreik und das Koalitions-  
gesetz besprochen werden sollten.

Vorige Woche hielt der englische Bergarbeiterbund  
in St. Pauli seinen Jahreskongress ab. Die Zahl  
der Delegierten betrug 17; dieselben vertraten 178500  
Mitglieder. Der Bund wurde erst vor vier Jahren  
gegründet; im ersten Jahre hatte er 36000, im zweiten  
96000 Mitglieder — und das vorige Jahr begann er  
mit 101000, die sich im Laufe des Jahres um 77000  
vermehrten haben. Glänzig ist auch der Kassenbestand.  
Der Bund verfügt über etwas mehr als eine halbe  
Million Pfund Sterling, d. h. über zehn Millionen  
Mark. Auf den ersten Blick erscheint dies viel, aber  
gegenüber der Uebermacht des Kapitals kann es doch  
nicht ankommen. Und ein Kampf mit dem Kapital  
steht wieder in Sicht. Die Löhne sollen herabgesetzt  
werden: die famose Sliding Scale giebt den Gruben-  
besitzern eine bequeme Handhabe, um die Folgen der  
Geschäftskrise auf die Arbeiter abzuwälzen, und die  
Arbeiter wollen das nicht dulden. Reichen da die  
Mittel zu einem Streik aus? Diese Frage wurde ernst  
und sorgfältig verhandelt, es wurden Zweifel laut,  
aber der Beschluß wurde doch einstimmig gefaßt, keine  
Sohnerebution sich gefallen zu lassen. Man  
trennte sich mit dem Entschluß, fest zusammen zu  
halten und bis zum Neujahr sich jeder Lohnver-  
sicherung zu widersetzen und im Kampf um den acht-  
stündigen Arbeitstag fortzufahren.

So steht in England ein Riesenstreik in ziem-  
lich fester Aussicht, da nicht anzunehmen ist, daß die  
englischen Grubenbesitzer von ihrem Voratz absehen  
werden.

Wir glauben nicht, daß die englischen Kohlen-  
gräber auf die Dauer im Stande sein werden, dem  
Mangel des Kapitals zu widerstehen. Allein wir  
wissen auch, daß ihre Niederlage sie dem Ziel der  
Arbeiterbewegung: der Emanzipation der Ar-  
beiterklasse, näher bringen wird. Als Gewerk-  
vereiner werden sie — gleich den deutschen Buch-  
brüdern — der Masse nach in den Streik hinein-  
gehen und herauskommen werden sie als Sozial-  
demokraten.

### Gerichtliches.

Saarbrücken. Vor der Strafkammer des hiesigen  
Landgerichts stand, aus dreiwöchiger Untersuchungshaft  
vorgeführt, der frühere Redakteur von „Schlagel und  
Eisen“, jetziger sozialdemokratischer Agitator im Saar-  
revier, Herr A. Braun, unter der Beschuldigung, auf-  
reizende, den Frieden unter den Bevölkerungsklassen  
strebende, gemeingefährliche Reden geführt und eben-  
solche Artikel geschrieben und veröffentlicht zu haben.  
Der Ankläger einer direkten Majestätsbeleidigung  
konnte dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden;  
wol aber gestand er ein, in einer im vorigen Sommer  
abgehaltenen Bergarbeiter-Versammlung geäußert zu  
haben: „Das Königtum muß fallen“, welcher Äußerung  
er eine harmlosere Deutung zu geben suchte.  
Von der weiteren ihm zugeschriebenen Äußerung:  
„Das Militär ist nur dazu da, um die Bürger, das  
Volk zusammenzufallen“ wollte er nichts wissen.  
Außerdem hat aber Braun in zwei Artikeln in „Schlagel  
und Eisen“ das dem Monarchen zustehende Ver-  
gnügungsrecht unter Anführung zweier Beispiele  
höchst abfällig kritisiert, wegen welcher Kritik in Ver-  
bindung mit den andern Straftaten auf eine Ge-  
fängnisstrafe von acht Monaten erkannt wurde.

### Kleine Chronik.

Epithema. Einen eigenartigen Selbst-  
mord vollführte hier ein junges Mädchen, wie es heißt  
aus unglücklicher Liebe. Es begab sich nämlich zu der  
im vollen Gange befindlichen Windmühle des nahen  
Dorfes J., stellte sich unter die Windmühlensügel und  
erwartete den Todesstoß. Mit furchtbarer Gewalt  
traf ein Flügel das Mädchen gegen die Schäfte, so

daß die Bauernswerte blutüberströmt eine Straße  
fortgeschleudert wurde. Die herbeteilenden Mörder-  
knappen fanden das Mädchen tot vor.

Lüben. Eine Seltenheit. Daß ein Gerichts-  
vollzieher den anderen pfändet, dürfte auch selten vor-  
kommen und doch ist es hier geschehen. Eines Tages  
stellte sich der eine Gerichtsvollzieher bei dem anderen  
ein und vollstreckte die Pfändung.

Wieder eine Hinrichtung. In Thorn wurde die  
im Oktober v. J. zum Tode verurteilte Pferde-  
knechtsfrau Dubniewski aus Bierkowo durch den  
Scharfrichter Reindel hingerichtet. Sie hatte ihren  
kranken Gemann mit Phosphor vergiftet. —  
Trog der zahlreichen Hinrichtungen hört man fast tag-  
täglich von neuen Mordtaten, ein Beweis, daß die  
Todesstrafe ihren eigentlichen Zweck, vom Mord zurück-  
zuführen, absolut nicht erfüllt.

Wieder einer. Wegen Sittlichkeitsverbrechen ist  
der Lehrer Schiewelbein aus Rosengarten bei Alt-Damm  
verhaftet worden.

Noch einer. Allenstein. Der Kassirer der Allen-  
steiner Vorschußbank, ein Herr von Knobelsdorf, starb  
jüngst durch „Selbstentladung“ seines Gewehrs. Jetzt  
stellt sich heraus, daß die ihm anvertraute Kassenver-  
waltung sich nicht in Ordnung befindet, daß die  
„Deutsche Genossenschaftsbank“ in Berlin sich im Besitze  
von 50 000 Mark Wechseln der Vorschußbank Allenstein  
befindet, welche anscheinend von dem verstorbenen Kas-  
sirer gefälscht worden sind. Im Ganzen sollen die  
Fälschungen 160 000 Mark betragen. — Die ange-  
bliche „Selbstentladung“ des Gewehrs steht wol mit diesen  
Dingen in Zusammenhang?

Lünen (Westfalen). Die „Frankfurter Zeitung“  
berichtet kürzlich, daß der Stadtkassen-Revisor Nidder-  
dorff nach Unterschlagung von 22 000 Mark verhaftet  
sei. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das ganze  
Rechnungswesen sehr im Argen liegt und sich noch gar  
nicht übersehen läßt, wie hoch die unterschlagene Summe  
ist. Seit 1883 scheint die ganze Rechnungslegung eine  
fingirte gewesen zu sein. Wie es möglich gewesen war,  
daß in dieser Weise gewirtschaftet werden konnte, geht  
aus folgenden Beschlüssen der gestrigen Stadtoordneten-  
Versammlung hervor, die unter dem Vorsitz des in den  
Beschlüssen erwähnten Bürgermeisters stattgefunden hat:  
„1. Die durch § 69 der Städteordnung vorgeschriebene  
Vorprüfung der Stadtkassenrechnung ist seitens des  
Bürgermeisters Jamin nur gar oberflächlich vor-  
genommen; 2. die Kontrollirung über Einnahmen und  
Ausgaben ist seitens des Bürgermeisters ganz mangel-  
haft geführt; 3. die bei der Revision der Stadtkasse  
aufgenommenen Protokolle sind der Aufsichtsbehörde nicht  
übergeben und sind auch auf dem Bürgermeisteramte  
nicht vorhanden. Die Steuer-Ab- und Zugangsliste ist  
mangelhaft geführt und nicht attestirt.“

Vom Pferde erschlagen. Ober-Biederbach (Baden).  
Am Sonntag hat sich hier ein Unglücksfall zugetragen.  
Die fast 14jährige Tochter des Hauptlehrers  
Fiederle war im Begriff, das Pferd des Orts-  
pfarrers vom Beschlagen nach Hause zu führen, als  
es durch das plötzliche Gebell eines Hundes scheu wurde  
und auslief. Das Mädchen wurde so unglücklich am  
Hinterkopf getroffen, daß es lautlos zusammenbrach  
und auf der Stelle den Geist aufgab. — Daß die  
Tochter des Hauptlehrers das Pferd des Ortspfarrers  
vom Schmied holen muß, läßt den Stand der Lehrer  
in Ober-Biederbach in eigenümlichem Lichte erscheinen.

Ein unheimlicher Geldschrank. Der „B. B. C.“  
erzählt: In der St. Petersburger Gesellschaft hat eintragi-  
sches Abenteuer, das unlängst dem überaus reichen  
Grafen L. zugehört ist, ungeheure Heiterkeit erweckt.  
Der Graf hatte sich aus Paris einen riesigen Geld-  
schrank kommen lassen, der mit einer Menge Geheim-  
sachern ausgestattet war. Nachdem der Graf das Un-  
geheim geöffnet und den einzigen Schlüssel in die Tasche  
gesteckt hatte, begab er sich in das Innere des Schrankens  
und legte seine Wertpapiere und Juwelen in die ein-  
zelnen Kassetten. Plötzlich gab es einen gewaltigen Krach  
— die Tür des Geldschrankens war ins Schloß ge-  
fallen. Der unfreiwillig Gefangene begann Lärm zu  
schlagen, seine Diener liefen herbei, und nachdem sie  
den Ernst der Lage erkannt hatten, eilten sie zu einem  
Geldschrankfabrikanten, der sofort mit einem Duzend  
Arbeiter auf der Unglücksstätte erschien. Von dem  
Sachverständigen wurde nun ein Konfession gehalten,  
in welchem man zu dem traurigen Ergebnis gelangte,  
daß man den Geldschrank mit der zu Gebote stehenden  
Mitteln überhaupt nicht mehr öffnen könne. Man  
sah es daher am geratensten, an den Fabrikanten in  
Paris zu telegraphieren, von dem schon nach vier Stunden  
die tröstliche Antwort einlief, daß er sofort einen zweiten  
Schlüssel nach St. Petersburg habe abgehen lassen. Ehe  
dieser Schlüssel in der russischen Hauptstadt anlangen  
konnte, würde der arme Graf allerdings bereits ver-

hungert oder erstickt sein. Man ließ daher zu mehreren  
tüchtigen Mechanikern und nach einer Riesenarbeit, die  
noch einige Stunden in Anspruch nahm, gelang es  
endlich, in die Eisenwand ein Loch einzubohren, durch  
welches dann der Gefangene den Schlüssel herausreichte.  
So wurde Graf L. aus der Gefahr befreit, in Mitte  
seiner Schätze den Untergang zu finden.

Die Kriminalpolizei in Charlottenburg entdeckte  
eine Fälschmüngerwerkstatt, wo Ein- und Zweimarkstücke  
fabrizirt wurden. Die Fälscher befanden sich bei der  
Anfertigung von Gipsformen, als sie von den Beamten  
überrascht wurden.

Antisemitische Ehrenmänner. Aus Leipzig schreibt  
man dem „Berliner Tageblatt“: Der zweite Vor-  
sitzende des deutsch-sozialen (antisemitischen)  
Reformvereins, der Buchhandlungs-Gehilfe Blobel,  
hat sich, wie nunmehr bekannt wird, jahrelang falsche  
Buchungen zu Schulden kommen lassen. Der Prin-  
zipal Blobels, welcher der antisemitischen Agitation  
seines Angestellten freien Lauf ließ, hat Blobel jetzt  
den Laufpaß gegeben, nachdem er durch die falschen  
Buchungen zu Schaden gekommen ist. Auch des von  
ihm in einer buchhändlerischen Vereinigung bekleideten  
Ehrenamtes, sowie seines Amtes im deutsch-sozialen  
Reformverein ist Blobel enthoben worden.

## Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

156. Sitzung.

Tagesordnung: Patent- und Markenrecht-Abkommen  
mit Italien. Schweizerischer Handelsvertrag.

Zur ersten event. zweiten Beratung steht das am 18ten  
d. M. in Rom abgeschlossene Uebereinkommen zwischen dem  
Reich und Italien über den gegenseitigen Patent-, Marken-  
und Warenzeichnungs.

Abg. Schmidt (Ebersfeld, hfr.) fordert wie im ent-  
sprechenden österreichischen Abkommen auch hier eine Be-  
seitigung des Ausführungsverweiges von Patenten und ver-  
weist in dem vorliegenden Vertrage ein Verbot der falschen  
Ursprungsbezeichnung (concourse deloal).

Direktor im Reichsamte des Innern Rieberding er-  
widert, daß in der italienischen Gesetzgebung schon eine Vor-  
schrift gegen falsche Ursprungsbezeichnung vorhanden sei, und  
daß man daher durch Aufnahme eines solchen Verbots eine  
einseitige Verpflichtung übernommen hätte.

In der zweiten Beratung des Handelsvertrages mit der  
Schweiz befragt Abgeordneter Siegle (nat.) die Erhöhung  
der Zölle auf Leinen, Wollen- und Baumwollenwaren, welche  
den entsprechenden deutschen Industrien empfindlichen Schaden  
bringen würden.

Abg. Samhammer (freij.) bittet, bei späteren Handels-  
verträgen mehr Rücksicht auf die kleinen Industrien der thü-  
ringischen Staaten, namentlich die Spielwaren- und Schiefer-  
säge-Industrie zu nehmen, die unter den gegenwärtigen wirt-  
schaftsverhältnissen schwer zu leiden haben.

Abg. Landes (Zentr.) beklagt den Schaden, der dem  
Allgäu, seinem Heimlande, durch die Herabsetzung des  
Käsezolles verursacht würde.

Abg. Brömel (freij.) führt aus, in vielen Fällen sei  
die Schweiz gar nicht in der Lage gewesen, Konzessionen zu  
machen, weil ihr Tarif schon niedriger gewesen sei, als der  
Deutschlands.

Preussischer Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Mit  
der elbsässischen Feinspinnerei hat sich neuerdings auch die  
niederrheinische Baumwoll-Spinnerei und die Halbscheiden-  
Weberei gegen die Zollherabsetzung verbündet, doch sind die  
Motive der Gegnerschaft verschieden. Die elbsässischen Spin-  
nerieen fühlen sich direkt, die niederrheinischen indirekt ge-  
schädigt, während die Halbscheiden-Weberei sich prinzipiell gegen  
jeden Einbruch in das Zollsystem sträubt und für ihre  
Fabrikate eine Zollrückvergütung ohne Identitätsnachweis  
fordert. Die Feinspinnerei hat die Erwartung, die sie mit  
dem Zolltarif von 1879 zu erfüllen versprach, daß sie nämlich  
aus eigener Kraft den heimischen Markt versorgen werde,  
nicht gehalten, vielmehr ist sie stetig zurückgegangen, der Im-  
port hat sich dauernd gesteigert. Die Zollhöhe wird also hier  
keinen Unterschied in den Verhältnissen der Feinspinnerei her-  
vorbringen, und die düsteren Prophezeiungen vom Brotlos-  
werden der Arbeitermassen sind daher hinfällig. Im Elsaß  
wird nur für das eigene Land fein gesponnen, nur ein  
Etablissement in Bielefeld und einige Fabriken in Sachsen  
beziehen Baumwollgarne aus dem Elsaß, das ist ein neuer  
Beweis, daß die Beschränkungen, welche an die Ermäßigung  
der Zölle geknüpft werden, nicht in Erfüllung gehen werden.  
Daß die Baumwollindustrie in einer schlechten Situation sich  
befindet, liegt an den reichen Baumwollenernten der letzten  
Jahre, welche die Preise drücken. Auch ist die englische Kon-  
tinentz übermäßig, die wir nur durch einen Prohibitivzoll  
bewältigen könnten, der wieder der Weberei Schaden brächte.  
Ich glaube aber nicht, daß die Herabsetzung der Zölle der  
Spinnerei überhaupt schadet.

Die weitere Beratung wird um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr auf Abends  
8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vertagt.

(Fortsetzung Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.)

Die zweite Beratung des Handelsvertrages mit der  
Schweiz wird im Artikel 2, der die vereinbarten Tarife als  
Anlage enthält, fortgesetzt.

Abg. Müller: Die Abgg. Petri und Brömel haben  
jeder zum Teil Recht. Es handelt sich bei ihren beiden Be-  
rechnungen darum, daß das eine Mal auch die mehrdräftigen  
Garne herangezogen sind, das andere Mal nicht, und ich be-  
dauere, daß auch bei Zollabfertigungen solche Ungleichmäßig-  
keiten vorkommen. Ich bitte die Regierung darauf hinzuwirken,  
daß dergleichen nicht mehr vorkommt.

Geheimrat Moser: Der Herr Minister hat wesentlich  
darauf hingewiesen, daß bei der Ausführung des Abg. Petri  
die mehrdräftigen Garne mit in den Export einberechnet  
sind. Im übrigen möchte ich Herrn Müller bemerken, daß



### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Januar 1892.

**Landagitation.** Eine beträchtliche Anzahl Breslauer Parteigenossen unternahm am Sonntag, den 24. ds., eine Landagitation und zwar nach Pöpelwitz, Pilsnitz, Rosel u. s. w. Sie erfreuten sich von Seiten der Bauern eines guten Empfanges und wurden zahlreiche Abonnenten für die „Volkswacht“ geworben. Letztere, sowie das Parteiprogramm wurden in Massen verteilt. Nächsten, vielleicht allsonntäglich, solche Agitationen stattfinden, deren Wert nicht unterschätzt werden darf, umso weniger, als das Arbeitsfeld ein sehr großes ist.

**Einbruch.** In der Nacht vom 25. zum 26. d. M. wurde in das Tanzlokal von Pantke auf der Hubenstraße eingebrochen und daraus eine Quantität Lebensmittel sowie zwei Flaschen Wein gestohlen. Andere Gegenstände, welche die Diebe bereits an sich genommen hatten, sind von denselben unterwegs wieder weggenommen worden.

**Ämtliche Handlungen** werden mitunter von den ausführenden Organen nicht in jener Weise ausgeführt, wie ihnen dies durch die Instruktion vorgeschrieben ist. So erzählten z. B. vor einigen Tagen ein Gerichtsvolkshier in der Wohnung eines hiesigen Arbeiters in Begleitung eines Angestellten der hiesigen Abdeckerei, um einen dort befindlichen Hund zu konfiszieren. Der Besitzer hatte nämlich zu Weihnachten das junge Tier der Behörde angemeldet, wollte jedoch nicht die angeblich für drei Monate verlangte Steuer von 4 Mark 50 Pfg. bezahlen, weil er der Ansicht war, daß diese Summe die Steuer für ein halbes Jahr ist. Der Beamte war daher beauftragt, das Tier vernichten zu lassen. Ohne zu grübeln oder auch nur die Mühe abzunehmen, trat er ins Zimmer und wies auf den kleinen Käter, welchen der Knecht denn auch sofort bei der Gurgel erwißte, mit den Worten: „Da ist er ja!“ Der Arbeiter, der mit seiner Frau gerade beim Essen war, wußte bei dieser Ueberraschung nichts anderes zu sagen, als: „Na, na!“ Dann erst sagte der Beamte zu ihm: „Ja, er muß gefangen werden!“ Im selben Momente richtete sich der Abdeckergehilfe empor, schlug aber mit dem Kopfe gegen eine Wand und warf dabei einen auf derselben stehenden wertvollen Krug herunter, welcher zerschlagen wurde. Beide verließen dann die Wohnung ebenso höflich, wie sie gekommen waren, ohne sich weiter um den angerichteten Schaden zu bekümmern. — Es wäre gut, wenn die Behörde ihre Exekutivorgane nachdrücklicher zu höflicherem Vorgehen auffordern wollte.

**Beschlagnahme** wurde durch den Polizei-Kommissar Wiegner in dem Grundstück Karlsstraße 27 ein aus Rußland hier eingetroffener großer Transport Eier, die in 43 Kisten verpackt sind und einen Wert von 3010 Mark haben. Zur Fortschaffung des beschlagnahmten Gutes waren 2 Kollwagen erforderlich. Die Eier gelangen demnächst zur Versteigerung; der Eigentümer derselben wurde verhaftet.

**Militärisches.** In Betreff der übungspflichtigen Ersatz-Reservisten, deren Veranziehung zur Uebung in dem gewöhnlichen Umfange stattfinden wird, bemerken wir, daß diejenigen Mannschaften, welche infolge von Reklamationen oder wegen Dienstunbrauchbarkeit vorzeitig aus dem aktiven Dienst entlassen, späterhin der Ersatz-Reserve überwiesen sind, eine aktive Dienstzeit von mindestens 3 Monaten als erste Uebung zu machen haben. Die General-Kommandos setzen fest, ob und in welchem Umfange, sowie bei welchen Truppenteilen Schifferübungen stattfinden und inwieweit Nachübungen mit diesen zu verbinden sind oder einzutreten haben. Zur Nachübung bezw. zur Uebung in späteren Jahren sind vornehmlich diejenigen Ersatz-Reservisten heranzuziehen, welche dem Bestellungsbefehl nicht pünktlich nachgekommen sind oder sich zur Zeit der Bestellung in Haft befanden, oder deren Uebung auf eigene Antrag Aufschub erfahren hat.

**Markthallen.** Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine ziemlich umfangreiche Ergänzung zu der Begründung seines bekannten Antrages über die Verjorgung der Stadt Breslau mit Markthallen zugehen lassen. In diesem Schriftstücke tritt der Magistrat den bisher gegen die Einrichtung der Zentralmarkthalle am Oberer-Süderbahnhof in der Stadtverordneten-Versammlung und in der Bürgererschaft erhobenen Einwänden und Bedenken entgegen und beharrt bei der Auffassung, daß eine solche Zentralmarkthalle nötig, ja unentbehrlich sei, daß sie aber gegenwärtig in vorteilhafter Weise an keiner anderen Platz gelegt werden könne als eben an den beantragten.

Bei der Versammlung von Breslauer Schneidermeistern. Im Anschluß an eine vorigen Herbst stattgehabte Versammlung hatte der Vorstand des Schneidermittels eine

B. Frankreich durch seine hohen Garnzölle nicht hat durchkommen können.

**Abg. Menzer:** Unter den bisherigen Zollfällen hat sich in Deutschland die Rohhaarpinnerei und die weitere Fabrikation dieses Gewinnes sehr günstig entwickelt. Der Schweizerzoll ist aber jetzt so erhöht, daß namentlich die babilische Rohhaar-Spinnerei eine erhebliche Einbuße erfahren wird. Das ist mir um so bedauerlicher, als in der freien Kommission der Regierungskommission mir entgegensteht, da ich mich beklage, um solche mikroskopische Existenzen könne man sich nicht kümmern. Wo ist denn die Grenze zwischen mikroskopischen und makroskopischen Existenzen? Die Leute kämpfen den Kampf ums Dasein so gut wie jeder andere.

**Staatssekretär v. Marschall:** Die freie Kommission, welche auf Wunsch des Abg. v. Bennigsen am Sonnabend tagte, und der auch Vertreter der Regierung beimohnten, sollte nach meiner Meinung einen vertraulichen Charakter auch nach außen hin haben. Der Abg. Menzer hat diesen vertraulichen Charakter nicht gewahrt. Wenn dies Verfahren Uebung werden sollte, so würde es mir kaum möglich sein, in Zukunft solche freie Vereinigungen stattfinden zu lassen. (Beifall.)

**Abg. v. Marquardsen** bemerkt, daß er für keinen ähnlicher bestehender Zölle gestimmt habe, aber es sei etwas anderes, einen Zoll einzuführen, als einen Zoll, auf den die Industrie sich einmal eingerichtet habe, wieder aufzuheben; er wand mit ihm die Mehrzahl seiner Freunde stimmen für den Betrag.

Darauf wird der Art. 2 mit der Anlage der Zolltarife, sowie der Rest des Vertrages angenommen, ebenso das Schlußprotokoll. Schließlich gelangt folgende Resolution des Abg. Barth nach einer kurzen Begründung des Antragstellers zur Annahme:

Da es dem Interesse der vertragsschließenden Staaten entspricht, alle bei der Auslegung und Anwendung der Handelsverträge etwa entstehenden internationalen Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem und freundschaftlichem Wege zu begleichen, werden die verbündeten Regierungen ersucht, mit den Regierungen derjenigen Länder, mit denen Handelsverträge zu Stande kommen, eine Vereinbarung zu treffen, dahin gehend, daß alle aus den Handelsverträgen etwa entspringenden Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht zum Austrag gebracht werden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

### Abgeordnetenhaus.

#### 5. Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Entwurfs eines Volksschul-Gesetzes.

**Abg. Wessel (fr.):** Wenn ich mich gegen das Gesetz zum Worte gemeldet habe, so will ich damit nicht sagen, daß die Vorlage gänzlich ablehnend gegenüberstehe. Durch die strenge Ausbildung des konfessionellen Prinzips werden so große Anforderungen an die Gemeinden gestellt, daß die Gemeinden des Ostens nicht reich genug sein werden, die geforderten Leistungen zu erfüllen. Der Windthorst'sche Geist weht durch die Vorlage denn diese geht dahin, daß die kirchliche Behörde allein über den Religionsunterricht entscheidet, daß keine weltliche Behörde dabei mitzusprechen hat. Dadurch bekommt die Volksschule einen zweiten Herrn; das Recht des Staates auf die Schule kann durch diese Herrschaft der Kirche verbunkelt werden. Wir sind der Meinung, daß eine gesetzliche Regelung des Volksschulwesens auch ohne Regelung des Privatunterrichts möglich ist. Im übrigen sind wir nicht Gegner des Gesetzes an sich. Wir bekämpfen die hierarchischen Tendenzen, welche in den verschiedensten Bestimmungen zu Tage treten, aber nicht die religiöse Tendenz der Vorlage; dieser stimmen wir aus vollem Herzen zu. Den Beweis dafür haben wir der vorliegenden Vorlage gegenüber erbracht. Wir sind überzeugt, daß die drei Faktoren, welche in der Schule in Betracht kommen, der Staat, die Kirche und die Gemeinde sich friedlich nebeneinander ordnen können. (Beifall bei den Freijüngern.)

**Abg. von Buch (kon.):** Die Volksschule kann nur auf der religiösen, konfessionellen Erziehung beruhen. Dem konfessionellen Charakter der Schule ist nicht genügend Rechnung getragen, wenn nur für die entsprechende Erteilung des Religionsunterrichts Sorge getragen ist. Die Kinder sollen nicht unterrichtet werden von Leuten, die prinzipielle Gottesleugner sind. (Widerspruch links.) Es können Zeiten kommen, wo mancher beten lernt, der heute nur Worte des Hohns und der Verachtung für die Religion hat. (Beifall rechts; Widerspruch links.) Aus dem, was ich gesagt habe, werden Sie entnehmen, daß wir mit den Grundzügen des Gesetzes einverstanden sind, daß wir hoffen, daß die einzelnen Bedenken durch die Kommissionsberatung beseitigt werden. (Lebhafte Beifall rechts.)

**Abg. Caneccerius (nl.):** Die Ausführungen des Vorredners haben mich überrascht und schwer bedrückt, ich möchte wol wissen, ob er im Namen der ganzen konservativen Partei gesprochen hat. (Ja wol! rechts.) Die Vorlage opfert die Schule der Kirche und der Politik, denn die Schule wird der jeweiligen Regierungspolitik unterstellt durch die Auflösung der Abteilung für Schule und Kirchenwesen.

**Abg. Reichensperger (B.)** spricht sein Bedauern aus über die Entartung des alten Liberalismus, wie sie sich aus der heutigen Rede des Herrn Vorredners ergeben habe. Die Vorlage bringt in richtiger Weise eine Regelung der Vorbildung der Lehrer und der verfassungsmäßig gewährleisteten Unterrichtsfreiheit; das ist der Vorzug vor der vorjährigen Gößler'schen Vorlage. Die Sozialdemokraten rechnen darauf, daß durch die Schullehrer immer mehr die Religion aus den Gemütern der Schüler verdrängt wird. Die Sozialdemokratie kann nur durch geistige Mächte besiegt werden; und welche geistige Macht ist dazu im Stande, wenn nicht die Schule in Verbindung mit der Religion? (Beifall rechts und im Zentrum.) Ein Bedenken habe ich gegen die Vorlage; ich will, daß nur Lesen, Schreiben und Rechnen in den Schulplan aufgenommen wird, non multa, sed multum. Es scheint mir aber, daß ihr Stoff, welchen die Volksschule bewältigen soll, viel zu umfassend bemessen ist. Wenn die jungen Leute mit 14 Jahren nicht mit einer gewissen Zurückheit in ihren Beruf als Lehrlinge und Fabrikarbeiter treten, dann ist damit der Hafen gegeben, an welchen die Sozialdemokraten ihre Agitation knüpfen

**Kultusminister Graf Bethli:** Aus dem bisherigen Gange der Debatte habe ich entnehmen können, daß die Grundlagen der Vorlage allgemein gebilligt werden, als man bisher annehmen konnte, daß ferter die Ausführungen, welche gegen die Vorlage geltend gemacht sind, in den Kommissionsberatungen beseitigt werden können. Das Gesetz enthält keine einzige Bestimmung, welche die Befugnis rechtfertigt, daß die neue Volksschule etwas anders als eine deutsche Volksschule sein wird. Auch die Bemängelung des Herrn von Buch werde ohne Schwierigkeit beseitigt werden können, ich hoffe aber, daß die Uebertragung der Schulstrafen auf den Schulvorstand auch von Herrn von Buch als eine Verbesserung anerkannt wird. Bei dem nationalliberalen Herrn Redner sind die Berührungspunkte sehr viel geringer. (Gelächter; Zuruf links: Gar keine.) Das will ich nicht hoffen. Artikel 112 hat nicht die Verfassungsbestimmungen über die Schule aufgehoben; das Gesetz soll auf diesen verfassungsmäßigen Grundlagen aufgebaut werden. Wenn ein Minister die Verfassungsbestimmungen mißachtet hätte, was wäre dann wohl geschehen! Ein Minister, der die Verfassungsbestimmungen nicht für zweckmäßig hält, müßte eine Aenderung der Verfassung beantragen. Eine Verfassungsänderung ist immer bedenklich. (Zuruf links: Schon da gewesen!) Das war im Kulturkampf. Wenn jetzt Parteien die Verfassungsbestimmungen für unzumutbar halten, müßten sie ihrerseits eine Aenderung derselben beantragen. Die Vorlage ist eine lokale, folgerichtige Ausführung der Verfassung und eine gezielte Festlegung der Verwaltungssphäre, die allerdings Herrn Caneccerius nicht gefällt. Die Konfessionalität unter Mitwirkung der Kirche ging früher viel weiter als heute (Sehr richtig! im Zentrum) und das Schulwesen hat sich so entwickelt, wie es jetzt kodifiziert vorliegt und womit die Mehrheit der Bevölkerung zufrieden gewesen ist; jetzt, wo diese Bestimmungen Gesetz werden sollen, soll die Bevölkerung aufgeregt sein. Eine große Zahl der heutigen Einwendungen beruhen augenscheinlich auf einer mißverständlichen Auffassung der Vorschriften. Wo steht zum Beispiel eine Bestimmung, welche irgend einer anderen Instanz als der staatlichen das Aufsichts- und Bestimmungswort erteilt. Wenn man den Staat ganz allein wirken lassen will, dann dürfte man nicht bloß der Kirche, sondern auch der Gemeinde und den Eltern kein Mitwirkungsrecht geben. Es wird gesagt, daß der Lehrer zum Heuchler gemacht wird. (Sehr richtig! links.) Jeder Beamte muß den ihm erteilten Instruktionen folgen. Soll der Lehrer anders gestellt sein? Soll er die Stellung des akademischen Professors haben, der nur reine Wissenschaften lehrt nach eigenem Ermessen? Sollen dem Lehrer die Kinder ausgeliefert werden? (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.) Es ist merkwürdig, daß man den Unterricht so überschätzt und zugleich so unterschätzt. Man glaubt, die Kinder in den Jahren vom sechsten bis zum vierzehnten Jahre zu reifen Menschen machen zu können. Es muß eine Instanz geben, welche bestimmt, was gelehrt wird. Für die Religion kann nur die Kirche die Instanz sein und der Staat wird darüber wachen, daß nichts seinen Interessen Widerstrebendes hineinkommt. Die Mehrheit des Volkes will ihre Kinder in ihrem Bekenntnis erziehen haben, warum sich dagegen sperren, daß dieses in Zukunft gesetzlich festgestellt wird. Die bestehende Schulverfassung bleibt erhalten; die bestehenden Simultanfächer bleiben also auch bestehen. Die Simultanfächer haben sich spärlich entwickelt, es könnte sich also nur darum handeln, die Möglichkeit ihrer Entstehung auch jetzt noch zu sichern. Ich halte das nicht für notwendig, erwarte aber die Vorläge. Es ist immer gesagt worden, ich sei mit einer gewissen naiven Ehrlichkeit an die Verfassung herangetreten; ich weiß nicht, ob das ein Vorwurf ist; ich glaube, das Gegenteil wäre eigentlich nicht zu rechtfertigen. Wenn man damit hat sagen wollen, daß ich das Gebiet nicht beherrsche, so muß ich diesen Vorwurf hinnehmen; ich führe das nur an, um Ihnen zu sagen, daß mich eine andere und viel tiefer gehende Ueberzeugung geleitet hat. Nach meiner Auffassung muß diese Frage gelöst werden in der nächsten Zeit, wenn nicht die aller schwersten Nachteile entstehen sollen für unser preußisches Vaterland. (Zustimmung rechts.) Diese Frage kann nur gelöst werden auf einem Boden, der die historischen Verhältnisse festhält und welcher für die Faktoren, welche zur Mitwirkung berufen sind, eine volle Heranziehung sichert. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Religion soll in die Schule hinein, das wird allseitig anerkannt. Wir sind der Meinung, daß die Religion abhängig ist von einem Bekenntnis. Dieser bekennnismäßige Zustand ist aber nicht von einer Instanz abhängig, sondern wird von der gesamten Bevölkerung getragen. Warum fürchtet man denn, daß einmal ein einzelner Mann, auch ein Geistlicher einen größeren Einfluß gewinnen könne? Sind denn die Beisitzlichen nicht auch gleichberechtigt? Ich soll den Windthorst'schen Geist übernommen haben. Was in den Windthorst'schen Anträgen richtig war, mußte ich übernehmen; ich habe aber das Unrichtige nicht übernommen. Daß die Beisitzlichen den Reichskatholikunterricht übernehmen, ist schon jetzt vielfach der Fall; auf den Unterricht in biblischer Geschichte werden die Konfessionen wol kein großes Gewicht legen. Der ausgedehnte Privatunterricht soll zur Verschlechterung der Schule führen. Die bedeutendsten Erscheinungen auf dem Schulgebiet knüpfen sich an Männer, welche aus den Privatschulen hervorgegangen sind: August Hermann Francke und Pestalozzi. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Aufficht des Staats über die Privatschulen fortfallen soll, ist unbedenklich. Warum wehrt man sich also gegen die grundsätzliche Festlegung der Bedingungen für den Privatunterricht gegenüber dem Belieben und der Willkür der Verwaltung. In der Umgegend von Berlin sind eine Menge katholischer Privatschulen entstanden. Wenn die Bedenken gerechtfertigt wären, die man hier vorgebracht hat, da müßten doch die Leiter dieser Privatschulen darauf bedacht sein, sie zu konservieren. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verwaltung wird gezwungen, diese Schulen nach und nach zu öffentlichen zu machen. Die Privatschulen sind keine Gefahr, sie sind notwendig gegenüber einer gebundenen Staatschule. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.)

**Abg. v. Jagdzewski** spricht den Wunsch aus, daß das Polnische etwas mehr berücksichtigt werden möge. Die polnische Fraktion werde dem Minister zur Seite stehen bei der Schaffung eines Volksschulgesetzes, welches auf christlicher Grundlage aufgebaut ist.  
Gegen 4 Uhr wird darauf die weitere Debatte bis Dienstag 11 Uhr vertagt.



Verammlung hiesiger Schneidermeister für Montag Abend nach dem Dingenhause einberufen, um über Reformen im Kreditwesen zu beraten. Man einigte sich schließlich auf die Einführung von Schulnoten, um nach Möglichkeit im Geschäftsverkehr mit neuen Kunden vor Schäden bewahrt zu bleiben. Die Schulnoten, deren Ertragungen von sämtlichen Mitgliedern des Instituts bewirkt werden, ermöglichen eine sofortige Orientierung über die Person eines neuen Kunden und dessen Kreditfähigkeit. Es wurden ferner die Erstreben kürzerer Verzinsungsfristen und die Errichtung eines gemeinschaftlichen Schuldeneinzahlungsbureaus befürwortet. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, welche ein Statut auszuarbeiten und vorlegen solle, betreffend Einrichtung eines Schulnotensystems. Im Schoße dieser Kommission sollen auch die anderen gegebenen Anregungen erwogen resp. vorbereitet werden. Es werden 7 Mitglieder für dieselbe gewählt und sämtliche Anwesenden verpflichteten sich durch ihre Unterschrift zum Beitritt und zur Mitwirkung an den Schulnoten.

Versicherungspflicht der Schauspieler u. s. w. Ueber die Frage, ob und inwieweit die bei Schauspielergesellschaften, Musikausführungen und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Schauspieler, Ballettänger, Sänger, Choristen, Musiker u. s. w. der Invaliditäts- und Altersversicherung unterliegen, sind neuerdings bestimmte Grundsätze aufgestellt worden. Danach ist für die Versicherungspflicht der bezeichneten Personen der Charakter des Unternehmens, in welchem sie beschäftigt werden, entscheidend. Bei Unternehmungen, mit welchen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft verbunden ist, sind alle bei den betreffenden Aufführungen und Vorstellungen auf der Bühne oder im Orchester verwendeten Schauspieler, Sänger, Tänzer, Choristen, Musiker u. s. w. als befreit von der Versicherungspflicht zu behandeln, ohne Rücksicht darauf, wie die eigenen Leistungen des einzelnen Schauspielers u. s. w. zu beurteilen sein mögen. Umgekehrt ist das Personal bei Musikausführungen, Schausstellungen, theatralischen Vorstellungen oder ähnlichen Lustbarkeiten niedriger Art, also von solchen Unternehmungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft nicht obwaltet, als versicherungspflichtig zu behandeln, und zwar ebenfalls allgemein, ohne Rücksicht auf den Wert oder Unwert der Einzelleistung. Die Unterscheidung nach der Art der Unternehmung ist aber nur für die Versicherungspflicht derjenigen Personen von Bedeutung, die als Schauspieler u. s. w. bei den Vorstellungen selbst mitwirken, Statisten, Kampenanzünder, Garderobediener, Portiers und ähnliche zu niederen Dienstleistungen angenommene Personen sind auch bei Schauspielunternehmungen von höherem Wert lediglich als Arbeiter oder Gehilfen zu behandeln und deshalb im Allgemeinen versicherungspflichtig. Umgekehrt sind die bei Schausstellungen ohne künstlerische Bedeutung mitwirkenden Personen dann als befreit anzusehen, wenn sie, wie dies insbesondere bei Musikbänden zuweilen vorkommt, nicht in einem Lohnverhältnis zu einander stehen, sondern auf Teilung spielen. Die sogenannten Spezialitäten, d. h. solche Personen, welche sich bei den Produktionen mit besonderen Kunstleistungen beteiligen, sind in der Mehrzahl der Fälle als selbstständige Gewerbetreibende anzusehen und deshalb grundsätzlich von der Versicherungspflicht befreit. Ausnahmen hiervon sind nur dann zugelassen, wenn ein selbstständiger Gewerbetrieb offenbar nicht vorliegt.

Statistisches. Im Polizeibezirk für Obdachlose waren im Dezember untergebracht: 1739 Männer, 229 Weiber und 20 Kinder, zusammen 1968 Personen, oder durchschnittlich täglich 64. Zieht man in Betracht, daß während der gleichen Zeit im Asyl für Obdachlose auf der Höfchenstraße Unterkommen gefunden haben 102 Männer, 331 Frauen und 126 Kinder, zusammen 559 Personen oder durchschnittlich 18 täglich, so waren im Dezember überhaupt obdachlos 2547 Personen oder durchschnittlich 62 pro Tag. Der Bestand an Inhaftierten betrug Anfang Dezember 57 Männer, 27 Weiber, zusammen 84 Individuen. Im Laufe des Monats Dezember kamen hinzu 1053 Männer, 317 Weiber, dagegen wurden entlassen 1080 Männer, 338 Weiber, so daß Ende Dezember in Haft verblieben: 30 Männer, 6 Weiber.

Dem Arbeitshaus. Der Personenbestand im städtischen Arbeitshaus betrug Anfang Dezember 342 Männer, 157 Weiber; hinzu kamen im Monat Dezember 56 Männer, 18 Weiber. Entlassen wurden 49 Männer, 18 Weiber, so daß Ende Dezember interniert blieben 368 Männer, 162 Weiber, in Summa 520 Individuen.

Unfallfälle. Dem auf der Heiligen Geiststraße wohnenden Hausknecht Friedrich Mann fiel beim Ballen auf den rechten Fuß. Der Mann erlitt einen Bruch des Mittelfußknochens. — Der in

der Dessfabrik auf der Paradiesstraße angestellte Arbeiter August Lindner fiel von einem hohen Wagen und brach eine Rippe. Der 18 Jahre alte Knecht Wilhelm Bräuer aus Pola-Menddorf geriet mit der rechten Hand in die Siebmaschine und trug einen komplizierten Bruch des kleinen Fingers davon.

Pollzeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 25. d. M. 53 Personen eingeliefert. Gestohlen wurden: einer Dame ans der Mariannenstraße ein Sofa; einem Rutscher auf der Klosterstraße ein Zwanzigmarkstück. — Abhanden kamen: einem Hausknecht auf der Neue Weltgasse eine Plau; einem Tischlermeister auf der Gartenstraße verschiedenes Handwerkszeug; einem Herrn auf der Gräbchenstraße ein Winterüberzieher. — Gefunden wurden: ein Zehnmarsstück, eine Leiter, ein Fußsack, ein Kofli, ein Revolver, 2 Pincenez und eine Schachtel mit Ringen.

Breslauer Marktpreise vom 26. Januar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
Weizen, weißer . . .	32,30	32,—	21,20	20,70	19,30	18,30
Weizen, gelber . . .	32,20	21,90	21,20	20,70	19,30	18,30
Roggen . . . . .	22,60	22,30	21,50	21,20	20,20	20,—
Gerste . . . . .	18,—	17,30	16,30	15,80	14,80	14,50
Haber . . . . .	15,20	14,70	14,40	13,90	13,50	12,90
Erbsen . . . . .	21,—	20,80	19,50	19,—	18,—	17,—

Heu (neues) 2,50—3,00 Mk. pro 50 Kilogramm.  
Roggenstroh 25,00—30,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

### Gerihtliches.

Breslau, 28. Januar. Landgericht. Strafkammer I. — Fabrikfuge Lösung. Der Rutscher des Pferdebahnwagens, welcher am 9. November v. J. kurz nach 9 Uhr Vormittags von Kleinburg aus die Straße nach dem Oberort entlang fuhr, erhielt am Lauenzienplatz vis à vis von Gebauers Hotel durch den Kondukteur Martens das Poltehsignal, weil dort 3 Frauen den Wagen bestiegen wollten. Zwei Frauen stiegen sofort am Hinterrad auf; die dritte lieferte erst ihren gestülpten Korb beim Rutscher ab und ging dann auf den Hinterrad zu. Während dieser Zeit war ein breiter Frachtwagen der Schölerischen Zuckerfabrik in langsamem Tempo bei dem Pferdebahnwagen vorbeigekommen und in die auf der Seite noch vorhandene Lücke hatte sich gleichzeitig ein Omnibus eingedrängt. Der Führer des Omnibus, der Rutscher Wilhelm S. fuhr zwar nur im Schritt, hielt aber den durch die Straßeneinengung vorgelassenen Abstand von dreieinhalb Fuß zwischen seinem Gefährt und dem Pferdebahnwagen nicht inne, weil ihm augencheinlich nur daran gelegen war, nicht mit dem Frachtwagen zusammen zu rennen. Er beachtete daher nicht, daß die dritte der vorerwähnten Frauen, die rechtliche Luise Bauer, sich noch zwischen dem Omnibus und dem Pferdebahnwagen befand. Die Frau wurde durch den Omnibus zu Boden gerissen und stieß dann noch einen einzigen gellenden Schrei aus, denn das Hinterrad des Omnibus war über die Brust gegangen und hatte die innere Seite so schwer verletzt, daß sofort der Tod eingetreten war. Ein Schauspieler notierte den Rutscher und die Zeugen des Unfalls und brachte dann die Frau, welche er zunächst nur für ohnmächtig hielt, mittels Droßke nach dem Allerheiligsten-Hospital. Gegen S. wurde Anklage wegen fahrlässiger Lösung in Ausübung seines Berufes erhoben, und Termin zur Verhandlung hierüber stand dem vor der ersten Strafkammer an. Die Jahrlangigkeit des Angeklagten wurde darin gefunden, daß er in den zu engen Raum hineingefahren war; er hätte entweder warten müssen, oder auch links beim Pferdebahnwagen vorbeifahren können. S. will übrigens die Frau Bauer gar nicht neben dem Pferdebahnwagen bemerkt haben. Der Staatsanwalt erachtete die fragbare Fahrlässigkeit durch die Ergebnisse der Beweisaufnahme für festgestellt; mit Rücksicht darauf, daß S. seitens seines Dienstherrn, des Omnibusführers Boltz, das beste Zeugniszeugnis erhielt und auch noch nicht verurteilt ist, beantragte der Staatsanwalt nur eine zweijährige Gefängnisstrafe. Rechtsanwalt Sternberg empfahl als Verteidiger des Angeklagten die Freisprechung desselben, event. aber eine bedeutende Ermäßigung der beantragten Strafe. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf 9 Monate Gefängnis; es war hierbei das Interesse des öffentlichen Verkehrs als strafschärfend für die grobe Fahrlässigkeit des Angeklagten in Betracht gezogen worden.

### Schlesien.

Brieg. Nach verschiedenen Mitteilungen und Erfahrungen heftigen sich die preussischen Staatsbahnverwaltungen einer großen Sparjamkeit, natürlich zuerst dort, wo dieselbe am wenigsten angebracht erscheint. Es werden nun Leute entlassen oder ihr Lohn wird herabgedrückt, welche schon viele Jahre bei der Bahn beschäftigt sind. Mit den Arbeiterentlassungen ist wol die Sparjamkeit nicht am rechten Orte angefangen, dagegen werden nach wie vor den rheinisch-westfälischen Walzwerken weit höhere Preise für Schienen gewährt, als sie der Lage des Marktes entsprechen. Hätte man nur mit der Sparjamkeit bei den hohen Verwaltungskörpern angefangen; diese ließen sich gewiß um einige Köpfe vermindern; dadurch würden gute Erparnisse gemacht werden. Aber da fängt man bei den Arbeitern an, die zeitweilig auf ihre zehn Finger angewiesen sind, um für den notwendigsten Unterhalt der Familie zu sorgen; diese wirft der Staat jetzt mitten im Winter auf die Straße. Ober ist das vielleicht die vielgepriesene Arbeiterfürsorge, mit welcher der Staat seinen

Arbeitern entgegen kommt? Ein trauriges Zeichen der Zeit! Man wundert sich wahrlich nicht, wenn in dem vielgepriesenen 19. Jahrhundert Entlassungen in manchen Berufszweigen vorkommen, wenn nun aber die verstaatlichten Eisenbahnen auch noch überall Erparungen an Arbeitskräften machen, dann ist wirklich nicht schön. Beim Arbeiteretat erspart die Verwaltung Tausende oder Zehntausende und den großen Walzwerken werden Hunderttausende mehr gewährt, als man zu zahlen nötig hätte. Die Schienenwerke werden dadurch in den Stand gesetzt, ihre Schienen ins Ausland zu Schleuderpreisen zu verkaufen und dem Auslande dadurch billigeren Bahnbau und bessere Konkurrenzbedingungen gegen Deutschland zu ermöglichen. Das ist so eine Art Zollpolitik, wie sie von den Eisenbahndirektionen getrieben wird; da handelt es sich um eine Frage, ob es notwendig ist, den Stahlschienenfabrikanten außer dem ihnen bewilligten Schutz Zoll von 26 Mark pro 1000 Kilo noch einen zweiten zu gewähren. Sollte dies wirklich der Fall sein, so muß das von den durch die Reichsregierung dafür eingesetzten Faktoren, dem Reichskanzler, dem Bundesrate und dem Reichstage ausgehen, nicht aber von den Eisenbahndirektionen, die sicher nicht dazu berufen sind, Zollpolitik zu machen. — Darum, Ihr kleinen Beamten und Arbeiter, schließt Euch der Sozialdemokratie an, sie kann und wird unsere Lage ändern! Roter Eisenbahner.

Neustadt D.-E. Wir erhalten folgende Zuschrift: Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes vom 7ten Mai 1874 erzeuge ich hiermit um folgende Berichtigung der in Ihrer Wochenausgabe vom 24. d. Mts. publizierten Neustädter Korrespondenz, die sich mit mir befaßt:

1. Es ist unwahr, daß das von mir hergestellte Brot sich teurer stellt, als es sonst in ähnlicher Qualität zu kaufen ist.
2. Es ist ferner unwahr, daß dazu 4 Teile Mais und 1 Teil Roggenmehl verwendet wird.
3. Es ist ferner unwahr, daß es, wenn es einige Tage alt ist, sandig schmeckt und nicht zu verdauen ist.
4. Es ist ferner unwahr, daß ich den Zentner Mais für 7 Mark in Händen habe und durch den günstigen Absatz dazu gekommen bin, die Eugen Richter'schen „Zerlegten der Sozialdemokratie“ gratis zu verteilen.

Meine Beweggründe zur Herausgabe eines gewissen, kräftigen, nahrhaften und dabei billigen Brotes sind folgende: Ich wollte der hiesigen Bevölkerung und der Umgegend, ohne Unterschied des politischen Standpunktes, besonders zur Wintersonne den weiten Weg nach dem Ausland, um sich billiges Brot zu holen, ersparen, denn hier kosteten angeblich reines Roggenbrot 16—18 Pf., das gemischte (Gerste, Weizen und Roggen) 13—15 Pf., das Pfano, während das von mir hergestellte 11 Pf. kostet und wird anderweitig in Oberschlesien meine Zusammenstellung mit 13 Pf. bezahlt. Auf Dank habe ich bei den Sozialdemokraten dabei nicht gerechnet, trotzdem werde ich in dem betreffenden Artikel so nett behandelt. Jedoch dürfte sich diese Handlungsweise von selbst richten. Wenn der „Rote Weber“ so billigen Mais hat, so kaufe ich ihm sofort ein Tausend Zentner à sieben Mark hier ab und bitte hiermit um seine genaue Adresse. Wenn jedoch die zwischen den Zeilen zu lesende Gewinnsucht mich veranlaßt haben sollte, so billiges Brot herzustellen, warum sind denn die hiesige Sozialdemokratie und speziell der „Rote Weber“ nicht schon längst Getreidehändler und billige Broterzeuger geworden.

Wenn ich jetzt das gesunde, nahrhafte, ca. 7 Pfd. schwere Brot mit 75 Pf. verkaufe, so beweise ich nur damit, daß ich, soweit es meine Mittel erlauben, den Notstand bekämpfe. Ergebenster Franz Furch.

Liegnitz. Frauenversammlung. — Stiftungsfest. Gestern, am Sonntag, den 24. Januar, hatten wir Liegnitzer Genossen endlich wieder einmal Gelegenheit zu sehen, daß die hiesigen Arbeiter und auch Arbeiterinnen noch nicht ganz abgestumpft und abgestorben sind für ein herbeiführen besserer Lebens- und Existenzbedingungen. Dies zeigte die im Gasthof „zu den drei Bergen“ einberufene öffentliche Genossinnen- und Arbeiterinnen-Versammlung, zu welcher Frau Emma Thier aus Belten als Referentin ihr Erscheinen zugesagt hatte. Schon lange vor Beginn der Versammlung war das Lokal überfüllt und viele, die sich nicht bei Belten eingefunden, mußten wieder umkehren; ja, man kann annehmen, daß nur eine Minderzahl es war, die den Vorzug hatte, dem interessanten und lehrreichen Vortrage der Frau Thier beizuwohnen zu können. Das man aber gegenwärtig in Frauenkreisen selbst dieser Bewegung schon sympatischer gegenübersteht und die Frauenfrage mehr beherzigt, bewies die Zahl vieler Frauen zu Leitern resp. zur zweiten Vorsitzenden und Schriftführerin. Unter vielem Beifall, der minutenlang andauerte, führte Frau Thier in ihrem Vortrage aus, daß die Frau in der gesellschaftlichen Stellung sehr mütterlich bedacht worden ist, und wenn es vier Gesellschafts-Klassen heute gäbe, so müßte die Frau, doppelt ausgebeutet und rechtlos, eigentlich zu dem fünften Stande gezählt werden. Nur die heutige Klassenherrschaft hätte, durch die Herbei-



ziehung der weiblichen Arbeitskräfte aus Profit- und Gewinn- sucht, die von den höchsten Stellen herab begünstigt wird, dafür gesorgt, daß es eine Frauenfrage gäbe. Das das weibliche Geschlecht, trotz der Abgaben und Steuern und der gleichen Arbeitsleistung des Mannes, dennoch immer wieder an das Haus verwiesen werde, sei ein Vorurteil, welches hauptsächlich die Arbeiter in der Textilbranche, von denen nur ein Drittel dem männlichen Geschlecht angehört, ablegen müßten. Nur dadurch sei es möglich, die weiblichen Arbeiter ebenfalls aufzuklären und dieselben für die Organisationen zu gewinnen, welcher Umstand notwendig ist, um durch die Gleichstellung der Arbeitslöhne gegenüber denen des männlichen Geschlechts einen Ausgleich zu schaffen, der das Kapital endlich zu der Einsicht zwingen wird, daß Ausbeutung und rohe Willkür doch auch endlich ihre Grenzen findet. Doch nicht bloß gewerkschaftlich, auch politisch müsse die Frau herangebildet werden, wenn sie dem Manne und der Familie zum Nutzen und dem Staate zum Segen gereichen soll. Bei der darauffolgenden Diskussion gebachte man auch des Entwurfes zu dem neuen Volksschulengesetz, das aber wenig von Einfluß werden kann, da ja heute die Kinder von sozialdemokratischen Eltern erzogen werden, was vor einem Jahrzehnt noch nicht der Fall war, deshalb also gekostet der Zukunft ins Auge geschaut! Besonders hervorgehoben wurde von Seiten einer Genossin die statts stehende Vertauschung der Lebens- und Unterhaltsmittel, und im Gegensatz hierzu der fortwährende Niedergang der Löhne, die besonders hier am Orte bis 50 pCt. gegen einige Jahre früher gesunken sind. Zum Schluß hob noch einmal Frau Ihrer hervor, wie nötig die Organisation aller Arbeiter, gleich viel welcher Branche und welchen Geschlechts angehörig sei. Mit dem Bistate der Worte Johann Jakobys, daß eine einrige auf richtigem Boden stehende Arbeiter-Organisation für den Kulturfortschritt mehr wert sei, als der Sieg bei Sabona, schloß Frau Ihrer den Vortrag und wir hoffen, daß derselbe noch lange bei unsren Mitarbeitern und Arbeiterinnen im Gedächtnis bleiben und seine Früchte zeitigen wird. Im Anschluß hieran knüpfen wir noch einen Bericht über das Stiftungsfest der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, das Tags zuvor, d. 23. Januar, im Saale des Restaurants „zum Haag“ stattfand. Den Kern dieses Festes wurde der Saal nur unter der Bedingung zugesichert, daß man „Derartiges“, wie z. B. bei dem Stiftungsfest der Drechsler das Teaterstück: „Die Bismarckspende“, das die hiesigen Blätter aber gänzlich wegschwiegen, bei Seite lasse. Nun, das haben die Veranstalter dieses Festes auch redlich gehalten. Daß sie aber auf andere Weise uns noch mehr entgegen gekommen sind, ohne ihr Wort gegenüber dem Gastwirt zu brechen, freut uns doppelt. Wir gegner Genossen haben ganz und gar keine Ursache, unsere Freude darüber zurückzuhalten, daß wir trotz des Lokalmangels doch in der Lage sind, für unsere Ideen Propaganda zu machen, nicht bloß jetzt, sondern vielleicht in Zukunft auch, und dazu hat sich am 23. d. M. die Gelegenheit, als Frau Ihrer eine längere Ansprache an die Festessteilnehmer und Festessteilnehmerinnen hielt, eingedenk dessen, daß die Männer, die sich im Verband zusammengefunden, ihnen heute dieses Fest bereitet hätten, daß aber jener nicht bloß die Festesfreunden sie alle zusammenhalten sollten, sondern der Verband der Arbeiter, die Organisationen, die dann auch in der Lage wären, für unserer Aller menschenwürdige Existenz einzutreten. Das Vergnügen hielt dann die Festessteilnehmer bis in die Morgenstunden des kommenden Tages zusammen und glauben wir annehmen zu können, daß wir hierdurch wenigstens wieder einen Schritt zur Aufklärung und zum Selbstbewußtsein getan haben, was sich ein Jeder beherzigen mag.

Noter Sendling.

Muskan. Der hiesige evangelische Männer- und Jünglings-Verein hielt am Sonntag, den 24. d. M., seinen dritten Vereinsabend ab. Herr Pastor Kande hielt einen Vortrag über den Ameisen-Löwen, welchen er mit einem Gebet begann. Er führte seinen Zuhörern seine eigenen Beobachtungen über dieses Insekt vor Augen und kam dann zur Hauptnahrung des Ameisenlöwen: zur Ameise. Es ist ja bekannt, daß die Ameise ihres Fleisches und ihrer Drüsenhalbe halber, den Arbeitern oft als Beispiel vorgehalten wird; dasselbe geschah auch hier. Ich will mich nicht über alle Punkte auslassen, welche sich widerlegen lassen, und will ich dem geehrten Herrn Pastor nur einiges vor Augen führen: Wenn man dem Arbeiter die Ameise und Biene als Beispiel vorführen will, so wird sich der Arbeiter, welcher nur einigermaßen aufgeklärt ist, sagen: Ja, die Biene und Ameise sind sehr fleißig, aber was sie sich erarbeiten, das gehört ihnen auch: sie haben nicht nötig für Andere zu arbeiten. Bei dem ersten Vereinsabend wurde es offen ausgesprochen, daß der Verein dem weiteren Ausbreiten der Sozialdemokratie entgegenarbeiten soll. Die Seitenhiebe auf gewisse Kreise und der Hinweis auf die Gefahren, welche dem Vaterlande drohen, gelten somit der Sozialdemokratie. So auch der Seitenhieb, daß „verschiedene Leute“ die geistige Arbeit nicht zu schätzen wüßten. Wer, Herr Pastor, giebt Ihnen das Recht, der Sozialdemokratie diesen Vorwurf zu machen? Sie können uns keinen namhaften Sozialdemokraten, keine sozialistische Schrift nennen, welche Ihre Behauptung rechtfertigte. Das Lesen einer sozialpolitischen Schrift haben Sie gewiß noch nicht für nötig gehalten! So hören Sie denn: „Wir Sozialdemokraten halten die geistige Arbeit hoch in Ehren. Wir wissen sehr genau, daß ohne geistige Arbeit kein wissenschaftliches Werk, keine Maschine u. s. w. existierte. Aber wo und wann ist ein Kopparbeiter durch seine Arbeit reich geworden? Nein! Waren unsere großen Denker Göthe, Schiller, Lessing u. A. Millionäre? Nein! Aber so mancher Buchhändler wurde durch ihre Werke gewiß reich! Die genialsten Erfinder sind meist arm gestorben. Warum? Nun, weil sie das Geld nicht hatten, um ihre Erfindungen auszunutzen. Wer aber wird reich? Nun, wer eben nicht arbeitet! Oder ist die Arbeit des Aktionärs, das Koponschneiden, auch eine Arbeit? Sehen wir uns die Arbeit des Fabrikanten einmal an. Sie werden zugeben, Herr Pastor, daß es Fabrikanten genug giebt, die sich um ihr Geschäft herzlich wenig kümmern; wozu auch? Dazu haben sie ja ihre Direktoren, ihre Geschäftsführer, ihre Ingenieure und andere Beamten. Diese verrichten die geistige Arbeit! Die Kapitalisten haben nur nötig, hin und wieder einmal die Bücher zu revidieren, und dafür werden sie nun ihren „Entbehrungslohn“ ein. Oft hat aber die „geistige Arbeit“ des Kapitalisten großen Nachteil für die Gesellschaft zur Folge.

(Sehr richtig! Wir verweisen nur auf Hochm. D. R.) Der Reiche wird dem weniger reichen Kapitalisten gefällige Manipulationen zu Grunde richten, dessen Familienmitglied zerstören und die Arbeiter der verkrachten Fabrik auf's Pfaster werfen, wo sie dann die Reserve-Armee vergrößern, die Löhne drücken und die Arbeiterkraft konsolidationsunfähiger machen. Ist das auch Arbeit? Vergleichen Sie die Arbeit eines Buchhalters mit der eines Fabrikanten und dann vergleichen Sie das Einkommen beider. Was wird sich dann zeigen? Ein herber Kontrast! Vergleichen Sie die Arbeit eines Kohlengräbers mit der des Kohlenbarons; der Kohlengräber arbeitet abwechselnd bei Tag und Nacht. Nun sagen Sie mir aber, er mag recht fleißig sein, wird er aber immer im Stande sein, seine Familie vor der Not zu schützen? Wird seine Gesundheit nicht untergraben bei dieser schweren, langen Arbeitszeit und ungenügenden Kost? Was kann er dazu tun, wenn sein Herr ihm von seinem karglichen Lohne noch abzieht? Nichts. Wer nicht will, kann gehen, heißt es da ganz einfach. Wer hat das Einvernehmen geübt? Doch nicht etwa der Arbeiter. Die Preise der notwendigen Lebensmittel sind oft genug künstlich in die Höhe getrieben, wenn aber der Arbeiter etwas mehr Lohn verlangt, um das Notwendige kaufen zu können, dann ist er ein „Unzufriedener“, ein „Aufwiegler“. Haben Sie sich schon einmal über die Löhne, welche in hiesiger Gegend gezahlt werden, erkundigt? Wol nicht, oder können Sie, Herr Pastor, vielleicht Aufschluß geben darüber, wie es der Arbeiter einrichten soll, um mit 7 oder 8 Mark wöchentlich mit seiner Familie durchzukommen? Wir wären Ihnen sehr dankbar dafür. Auch andere Herren haben unsere Gesellschaftsordnung als eine göttliche gepriesen. Wissen dieselben aber nichts davon, daß die Landstrichen und die Städte von Tausenden und Abertausenden Arbeitsloser gefüllt sind, und daß die Maschine und die beginnende Krisis diese Armen täglich vermehrt? Wer ist daran schuld, etwa nicht unsere Gesellschaftsordnung? Sind die Produkte nicht in genügender Masse vorhanden, oder können sie nicht in größerer Masse hergestellt werden, um alle Menschen vor Not und Elend zu schützen? Antworten Sie ohne Umschweife, Sie sehen auf der einen Seite großen Reichtum, alle Lager gefüllt, auf der anderen Seite die Armut und Not. Da sind die Produkte schon da, sie verfaulen und verderben oft, aber das Volk kann nichts davon kaufen! Man sucht neue Kundchaft in Indien, Afrika u. s. w., sieht aber nicht, daß man das Alles viel leichter hier zu Hause bei uns los werden könnte, wenn nur das Geld vorhanden wäre. Und für eine solche Ordnung will man unsere Jugend begeistern? Nein, das gelingt Euch nicht! Wir Sozialdemokraten wollen eine solche Ordnung der Dinge nicht, auch nicht wenn man sie eine göttliche nennt! Für uns soll nur der eine Umstand maßgebend sein: Wenn es zu lange für Alle, dann soll auch Niemand hungern. Wir wollen eine menschlichere Gesellschaftsordnung! Wir kämpfen für eine gerechte Sache und werden daher trotz aller Verleumdungen und Verfolgungen zum Siege gelangen!

Freiburg, 24. Januar. Gestern fand hier eine Stadtverordnetenwahl statt, bei der zwei Kandidaten der Bürgerpartei und zwei sozialdemokratische Kandidaten einander gegenüber standen. Von unserer Seite war durch Flugblätter agitiert worden, von denen insbesondere das letzte gegen die Stadtverordneten und die Wähler der dritten Abteilung gerichtet war. Die rege Agitation unserer Genossen blieb jedoch erfolglos; es wurden der Gerbermeister Hoffmann und der Parfülier Regent gewählt. Bei dem hohen Wahlsens hatte das Resultat nichts Ueberraschendes.

### Posen.

Posen. Polnisch-sozialistische Propaganda. Von einer polnischen sozialistischen Propaganda auf der Eisenbahn wird in dem „Kuryer Pozn.“ Mitteilung gemacht. Danach hat vor etwa zwei Wochen in einem Waggon 4. Klasse der Posen-Bromberger Bahn, welcher vorwiegend mit polnischen Arbeitern besetzt war, ein Mann, welcher gut gekleidet und sowohl der deutschen als der polnischen Sprache mächtig war, die polnischen Arbeiter bearbeitet, um sie für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen. Der Korrespondent meint, es sei dies eine recht bequeme und erfolgreiche Art der sozialistischen Propaganda, da es so nicht erforderlich sei, ein Lokal zu bestellen und zu bezahlen, auch die Polizei nicht benachrichtigt zu werden brauche, da es sich hier nur um eine vertrauliche Besprechung handle; wenn auch nicht viel Personen in einen solchen Waggon hineingehen, so könne der Agitator dafür doch alltäglich seine sozialistischen Lehren verbreiten. — So schlau sind natürlich die polnischen Blätter und ihre Berichterstatter nicht, um einzusehen, daß diese Art der Agitation von jedem Anhänger unserer Partei geübt wird, der sich auf der Reise befindet. Und das ist eben der gänzlich hohe Unterschied zwischen allen anderen Parteien und der unseren, daß die „Ordnungsmänner“ ihre Tiraden nur loslassen können unter dem Eindruck einer mit dem gehörigen Tam-Tam zusammen getrommelten zeremoniellen Versammlung, während die sozialdemokratische Lehre allein durch die Macht der ihr innewohnenden Wahrheit sieghaft bleibt über die Geister. — Es ist aber auch selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie nicht nur unter unseren polnisch sprechenden Landsleuten ausbreitet, sondern in gleichem Maße auch unter den deutschen Bewohnern. In welcher Weise, das werden unsere Gegner zeitig genug erfahren, die uns durch ihre Gründung von Abwehrvereinen nur vorarbeiten.

Posen, 23. Januar. 300 Mark Belohnung werden jetzt vom Ersten Staatsanwalt demjenigen zu-

gesichert, der die Ergreifung des Schloßers Johann Bissen, des Mörders des Gefangen-Aufsehers Frankowski, zu bewirken beifähig ist.

### Nachtrag.

Infolge mehrfacher Anfragen diene unsern Lesern zur gefl. Beachtung, daß in den Flugblättern des Magistrats über die Gewerbegerichtswahlen das Wahllokal des 16. Bezirks falsch angeführt ist. Tatsächlich befindet sich dasselbe in der Turnhalle des Schulhauses Paulinenstraße Nr. 14, im Hofe links. In anderen Flugblättern, die demnächst erscheinen, wird das Lokal richtig angegeben sein.

### Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Friseur Reinhold Weinbrenner, kath., Breitestr. 42, und Ida König, kath., Seminarstraße 4. — Bildhauer Friedrich Binstein, evang., Berlinerstr. 40, und Emma Jettka, ev., Alt-Festenberg. — Hammerführer August Wendler, ev., Posenerstr. 11, und Emma Hellmann, ev., daselbst. — Kaufmann Richard Goez, jüdisch, Benig, und Johanna Herrmann, jüdisch, Weidenstr. 20. — II. Zimmermann Paul Bruner, kath., Gabisstr. 85a, und Ida Schmidt, ev., evenda. — III. Musiker Eduard Redlich, ev., Große Grochengasse 2, und Josefine Redner, kath., Laurentiusstr. 6. — Schuhmacher Josef Hampel, kath., Kreuzstr. 29, und Bertha Schreier, kath., daselbst. — Schuhmacher Ernst Kupprecht, kath., Ottostr. 9a, und Rosa Schreier, ev., Schleierwerderplatz 13. — Volksschullehrer Gustav Werner, ev., Kempen, und Maria Kunert, ev., Kl. Scheinwegstr. 45. — Steiger Magistrian Lehmann, ev., Westereggen, und Luise Krause, ev., Salzstr. 26. — Redakteur Dr. phil. Heinrich Schöffler, ev., Dumlau, und Meta Kleemann, ev., Rosenthalerstraße 7.

Geschließungen. I. Schneider Carl Wagenknecht ev., mit Pauline Heintz, ev., hier. — II. Schneider Franz Brause, kath., mit Anna Senfleden, ev., hier. — Ladner Emil Mülling, ev., mit Maria Klose, ev., hier. — Bahnarbeiter Friedrich Karbe, ev., mit Aug. Zugmantel, ev., hier. Geschließungen im Auslande. Arzt Alredo Sandau, mit Marianne Basia Schmatiro, am 3. September 1891 in Jerusalem.

Geburten. I. Arb. Bruno Hymann, ev., L. — Haushälter August Hefft, kath., L. — Obsthändler Amund Kappel, kath., L. — Antischer Ernst Blasche, ev., S. — Schreiber Max Koeniger, kath., L. — Schuhmacher Franz Werner, ev., S. — Berufsgenossenschafts-Assistent Richard Huld, ev., S. — Ladnermeister Clemens Dornig, ev., L. — II. Arbeiter Gottlieb Kirchner, ev., L. — Haushälter Heinrich Tibe, ev., S. — Musiker Robert Seifert, kath., L. — Arbeiter Carl Schwatke, ev., L. — Briefträger Julius Jiedrich, ev., S. — Bahnarbeiter Max Fischer, ev., S. — Militär-Invalide Josef Hübner, ev., S. — Maschinenarbeiter Ernst Koberbach, ev., S. — Sajoier Oswald Heilmann, ev., L. — Bahnarbeiter Hermann Fischer, kath., L. — Schmied Alexander Gorzawski, kath., S. — Klempner Friedrich Jaria, ev., L. — Haushälter Carl Kuhnert, kath., L. — Antscher Benno Wylka, kath., S. — Arbeiter Carl Ludwig, ev., S. — Maurer Ernst Lorenz, ev., S. — Schlosser Gustav Schwabe, ev., L. — III. Maler Paul Langner, ev., L. — Bäcker Hermann Winkler, ev., L. — Schneider Paul Andres, kath., S. — Zimmermann Wilhelm Seiffert, ev., S. — Arbeiter Franz Klose, kath., L. — Antscher Carl Kuppert, ev., S. — Maurer Friedrich Felle, ev., L. — Antscher Carl Franke, ev., L. — Schuhmann Emil Ludwig, ev., L. — Bürstenmacher Bernhard Gohrband, ev., L. — Schuhmacher Hermann Wostittel, kath., L. — Schlosser Theodor Döschonta, S. — Tischler Otto Scharer, kath., L. — Schneider Carl Wierger, ev., S. — Arbeiter Max Schwertzer, kath., S. — Brenner Franz Schwertzer, kath., S. — Müller August Weisner, kath., L.

Todesfälle. I. Frühere Köchin Rosina Reichelt, 79 J. 7 Mon. — Heiena, L. des Dachdeckers Franz Geyper, 4 Mon. — Kaufmann Louis Tauer, 72 J. — Anna, L. des Glattmeisters Josef Bohl, 4 Mon. — Arbeiter Gottfried Kauscher, 87 J. — Schlosserfrau Martha Sterniske, geb. Eust, 28 J. — May, S. des Portiers Hermann Patulski, 4 Mon. — Margot, S. des Kaufmanns Samuel Bergmann, 4 J. — Schneider Fritz König, 61 J. — Kaufmann Robert Finde, 68 J. — Selma, L. des Hospital-Inspektors Wilhelm Engel, 14 J. — Carl, S. des Arbeiters Carl Kühn, 4 J. — Arbeiter Wilhelm Simon, 51 J. — Zimmermann Heinrich Hoffmann, 51 J. — Schuhmacherwitwe Marie Daum, geb. Bohl, 60 J. — May, S. des Arbeiters August Sitner, 1 J.

### Ver eins-Kalender.

Breslau. Gefangenen-Verein Breslauer Gutmacher. Jeden Donnerstag, Abends von 8<sup>1/2</sup>—10 Uhr: Übungsstunde im Restaurant Mat, Himmerei.

Briefkasten für den politischen Teil. Zur Kommunalwahl in den Landgemeinden liegen die Wählerlisten nur noch bis 30. Januar zur Einsicht aus. Wie wir hören, beabsichtigen die Parteigenossen verschiedener Orte, sich an diesen Wahlen durch Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaturen zu beteiligen. Es ist Pflicht aller wahlberechtigten Genossen der betreffenden Ortschaften, sich davon zu überzeugen, ob ihre Namen in die Wählerliste eingetragen sind. Wer nicht in die Liste aufgenommen ist, kann sich am Wahltag an der Wahl nicht beteiligen. Parteigenossen, sorgf. also für die nötige Kontrolle der Wählerlisten. Wer nicht selbst Zeit hat, die Listen zu kontrollieren, beauftrage damit einen anderen Parteigenossen.

Redaktion für den lokalen Teil. H. S., Dumlau. Darüber giebt Ihnen der dortige Bezirksfeldeibel die beste Auskunft. Alle wehrfähigen Männer vom 17. Lebensjahre ab. Dieselben dienen aber nur zur Befestigung heimatischer Festungen. — Wollen Sie uns nicht über mit wahrheitsgetreuen Berichten über dortige Vorgänge unterstützen? — Ver. Grup!



Am 12. ds. Mts. entschlief sanft unser guter Neffe

### K. Zimmer

in Chicago (Nord-Amerika).  
Dies zeigt schmerz erfüllt an  
Breslau. Familie Kabitschka.

### Todes-Anzeige.

Am 12. ds. Mts. verschied in Chicago (Nord-Amerika) der in den Breslauer Parteikreisen wohlbekannteste Tischler

### Karl Zimmer.

Sein so früh erfolgter Tod vereitelte ihm seinen Plan, sich in Amerika eine gesichertere Existenz zu schaffen, als dies in Breslau der Fall war.  
Einige Breslauer Freunde.

### Leser- und Diskussionsklub Lassalle.

Die Mitglieder-Versammlungen fallen in Ermangelung eines geeigneten Lokales bis auf Weiteres aus.  
Der Vorstand.

### Rohtabake!

in bester, gut brennenden Qualität zu billigsten Preisen empfiehlt  
**Johannes Kubis, Eisenau-Platz Nr. 1.**

### Rohtabake

in bekannt größter Auswahl und besten Qualitäten, empfiehlt zu billigsten Preisen  
**G. Titze, Breslau, 27. Büttnerstraße 27.**

### Rohtabake

verkauft ich gegen baar zu Spottpreisen, um mein übergroßes Lager zu räumen.

**Carmen** groß und fein brennend, per 1/2 Kilo à 1,20 u. 1,25 Mk.  
**Domingo** fein brennend, à 0,75, 0,85, 1,05, 1,15 und 1,20 Mk. per 1/2 Kilo.  
**Brasilis felix** à 0,80, 1,00, 1,05, 1,20, 1,30, 1,50 u. 1,60 Mk. per 1/2 Kilo.  
**Pfälzer** leicht und gut brennend, à 60, 65, 68, 70, 80 und 85 Pf.  
**Hukermärker** mblatt und Einlage-Übersblatt 70 u. 75 Pf.  
**Sumatras** Auswahl von 22 Sorten, per 1/2 Kilo à 1,50, 1,60, 2,00, 2,50, 3,00, 3,40, 3,50 bis 5,00 Mk.

Wasse billig bin ich in allen anderen Tabaksorten. Gegen gute Referenzen oder Bürgschaft verkaufe auch auf Ziel.

**Albert Kramolowsky**  
Breslau, Ring 60.

### Arbeiter!

kaufen am allerbilligsten

### Hamburger Lederhosen,

Buden, Fäden, Blousen, Unter-Beinkleider, Socken, Gamschuhe, Gemischte, Cavetten und sämtliche Futterartikel zu billigen, aber streng festen Preisen bei

**Anton Pohl, Vorwerkstr. 20.**

**R. Pawllok, Lederhandlung.**  
1. Geschäft Sternstraße 58, I. Etage. — 2. Geschäft Sadeweststraße 25. vis-a-vis dem Parke'schen Geschäft.  
empfehle sein großes Lager von 1a Sohlen- und Oberleder, sowie Stiefel, und Gamschuhstücke zu den billigsten Preisen.

### Die Geschichte der Commune von 1871

von G. J. J. J.  
2 vom Verfasser durchgesehene Ausgabe. (X. Band der International. Bibliothek. Preis 3,00 Mk.)  
In bester durch die Expedition dieses Blattes.

Ein freundi. Logis b. J. Kühn, Messergasse 80 III., Seitenhaus rechts.

### Ein Genosse.

der jung verheiratet, durch eine Menge widriger Schicksalsschläge schwer getroffen ist, bittet erdelgeleitete Genossen, ihm mit einem Darlehn von etwa 30 Mark auf 6 Monate bespringen zu wollen. Offerten unter P. 45 befördert die Expedition der „Volkswacht“.

### Speise-Kartoffeln

sack- und literweise abzugeben  
Adolfstraße 2 und Haselstraße 19 im Herings-Geschäft.

### Vereinsabzeichen und Schärpen

am besten und billigsten bei  
**Adolf Berkop**  
Fahnenfabrik,  
Dorotheengasse 3, I.  
(Im Hause der Sudeuropaerfabrik von W. Böse).



Durch die Expedition der „Volkswacht“

sind folgende Schriften zu beziehen:

**Weltkämpfung und Weltuntergang** auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt v. Dr. Alth. Köhler. Das lebhaft entgegenkommene, welches das von der Kritik durchaus günstig beurteilte Buch gefunden hat, veranlaßt den Herrn Verfasser, den Text der zweiten Auflage wesentlich zu vermehren und da zu berichtigen, wo es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft notwendig geworden ist. Ferner sind zum besseren Verständnis weitere Illustrationen eingefügt und endlich zwei Sternkarten dem Werke beigegeben worden.  
Ohne Uebersetzung darf gesagt werden, daß die „Weltkämpfung“ u. heute zu den besten populären Lehrbüchern über die Entwicklung von Himmel und Erde zählt. — In der Billigkeit des Preises dürfte es von keinem andern erreicht werden.  
Die „Weltkämpfung“ u. ist eine notwendige Ergänzung von Dammels „Geschichte der Erde“.  
Um vielfach geäußerten Wünschen nachzukommen, ist auch die „Weltkämpfung“ u. in der allgemein beliebten Heftausgabe à 32 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das ganze Werk liegt in 16 Lieferungen komplett vor.  
Probhefte liefert jeder Kol. orient.  
Preis, B. Die französische Revolution. Brosch. 4,00. Gebund. Mk. 5,50. Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf. Abeling, Die Darwin'sche Theorie. Gebund. Mk. 2,00.  
Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Aufl. Gebund. Mk. 2,00.  
Dr. R. Zimmermann's Großer Deutscher Bauernkrieg. Illust. Brosch. Ausgabe. Ercheint in Heften à 20 Pf. Kautskis „Lohnarbeit“ Geb. Mk. 2,50 Lichtstrahlen der Poesie. Gedichte Sammlung, ausgewählt v. Max Regal. Illustriert von Otto Emil Lau. 3. Bruchband, mit Goldschmuck, gebunden Preis Mk. 3,50.  
Schüppel, Das moderne Glanz. Geb. Mk. 2,00.  
Kautskis „Kritik des Sozialismus“ Gebund. Mk. 2,00.  
Sommel, G. Johannes Dief. 7. B. Historische Studie. 25 Pf.  
Debel, Charles Fourier. Geb. Mk. 2,50

### Einbanddecken

„Der Mensch und sein Kosmos“ à 1/2 Mark liefert die Expedition der „Volkswacht“, Breslau.

zur „Her Mensch und sein Kosmos“ à 1/2 Mark liefert die Expedition der „Volkswacht“, Breslau.

### Solidarität!

Arbeiter! Ihr Werk, welche erhebende Worte unter dem Schwelmer tragen. Meinen Gesellen, daß die Solidarität unsere Colpa werde!  
Kauft nur Güte mit dieser Marke!

In folgenden Geschäften sind Güte mit Kontrollmarken zu haben:  
**Reinhold Lindner**, Neue Taschenstraße 1b. **Karl Piffa**, Klosterstraße. **Karl Böhme**, Weidenstraße Nr. 23—24. **Paul Gante**, Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 10. **Gustav Nowak**, Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 70. **Robert Schuppe**, Nikolaistraße Nr. 35. **Robert Kellner**, Oberstraße 8. **Wolff Reimelt**, Mathiasplatz Nr. 2. **Gustav Richter**, Eisenauplatz 5. **M. Menzel**, Gräßenerstraße Nr. 6.

Von Seiten der Händler wird sehr oft der Kniff angewendet, indem sie sagen: Für diese Sorte Güte giebt es keine Marken.  
Wir machen darauf aufmerksam, daß es Güte mit Marken in allen Preislagen und Qualitäten giebt und die Ausrede nur gemacht wird, um den Käufer irre zu führen.  
Indem wir die Genossen bitten, nur die von uns veröffentlichten Geschäfte zu berücksichtigen, ist es auch hier nötig, sich zu überzeugen, daß die Marke schon vorher im Gute lebt.  
Jedes Einkleben der Marke beim Kauf ist Betrug. Alle Unregelmäßigkeiten bitten wir an uns zu richten.

Die organisierten Arbeiter.  
J. A. Richard Brunert, Jägerstraße Nr. 1, IV. Etage.

### Illustrierter Neue Welt-Kalender

für das Schaltjahr 1892.

Inhalts-Verzeichnis.	
Seite	Seite
Calendarium . . . . .	2—13
Lebzeiten etc. . . . .	14
Ausgang aus dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz	15
Rückblick Ergebnisse der Volkserhebung von 1890	17
Wessen und Märkte Im Kreislauf des Jahres	20
Pilatus, Erzählung von J. Wichmann (mit Illustrationen)	21
Schiffbrüche. Gedichte mit Illustration	25
Die Erde als Morgen- und Abendstern des Mars (mit Abbildung)	26
Statistisches aus der Landwirtschaft. Von Max Schüppel	35
Großvaters Geburtstags-Gedicht mit Illustration	36
44	44
Unschuldig verurtheilt.	45
Von W. Hout. Mit Illustrationen	46
Die Bergarbeiter einst u. jetzt. Von Karl Kautskis	50
„Im Namen des Gesetzes!“ Ein Bild aus der sozialistischen Zeit. Gedicht mit Illustration	54
Natje. Eine Helgoländer Geschichte. Von Clara Reichner.	56
Norik Hütinghausen (mit Portrait)	62
Caesar de Baepo (mit Portrait)	63
Der Tuberkelba krus (mit Illustration)	65
Heimkehr aus Kamerun. Gedicht mit Illustration	68
Fliegende Blätter	70
Die Schmachtsine. Sumoreske von Max Regal (mit Illustrationen)	72
Auflösung der Räthsel etc. . . .	79
Räthselprüfung. Räthsel etc. . .	80

Hierzu als Gratisbeilage: ein farbiges Bild! Auf dem Markt, und ein Wandkalender.  
**Preis 50 Pf.**  
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
Der äußerst gebiegene Inhalt hatte bisher stets zur Folge, daß der Kalender bereits vor Weihnachten vergriffen war, und zahlreiche Bestellungen nicht berücksichtigt werden konnten. Wer also gern einen Neuen Welt-Kalender 1892 heften möchte, der wolle einen solchen bei Zeiten kaufen.  
Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“ und deren Colporteurs.

### Die deutsche Revolution.

Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849. Von Bildl. Reich illustriert. Ercheint in 22 Heften à 20 Pf. Probhefte liefert jeder Colporteur. J. S. W. Dief, Verlag, Stuttgart.

### Billigste Bezugsquelle für Herrenhüte

**M. Wartenberg, Sutfabrik, Ohlauerstraße 52, neben Gebr. Heck Nach.**